

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

1.9.1999



Rudolf Scharping am 1. Mai in Ludwigshafen: „Der Minister ist zutiefst überzeugt vom Auftrag und der Mission der Nato im Kosovo.“ (Südd. Zeitung, 5.5.)

- Die Nato zerbombt Jugoslawien S. 3/4
- Weltweiter Aktionstag für M. Abu-Jamal S.6/7
- 1. Mai 1999 – Bildnachrichten S.12/13
- „Wer in Sachen Ladenschluß Sturm sät, wird den Orkan des Protestes spüren!“ S.15
- Philosophie im Krieg Habermas in der „Zeit“ und Gegenargumente S. 19/23



Am Demonstrationszug der IG Metall in Berlin beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder tausende der kurdischen Bevölkerungsgruppe



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redateure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 1888 20, Fax: 040 / 43 1888 21.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

DISKRIMINIERUNG. Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil vom 4.5.i (Aktenzeichen C-262/96) entschieden, daß die BRD die Zahlung von Kindergeld an hier lebende türkische Staatsbürger nicht von bestimmten Aufenthaltstiteln abhängig machen darf. Einer türkischen Staatsangehörigen, die im Zuge der Familienzusammenführung in die BRD gekommen war, war das Kindergeld für ihr hier geborenes und lebendes Kind nur deshalb verweigert worden, weil sie nicht im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis, sondern nur von einer befristeten und an einen Zweck gebundenen Aufenthaltserlaubnis war. Der EuGH stellt fest, daß dies eine Diskriminierung bedeute, weil eine Leistung von einem bestimmten Aufenthaltstitel abhängig gemacht werde, „während Inländer ... nur ihren Wohnsitz in diesem Mitgliedstaat haben müssen“ und ein solches Dokument von ihnen nicht verlangt werde.

VERSTUMMENLASSEN. Die türkische Regierung hat die Bundesregierung aufgefordert, die in Köln ansässige kurdische Nachrichtenagentur DEM und die bei Darmstadt erscheinende kurdische Tageszeitung *Özgür Politika* zu verbieten. Es ist zu befürchten, daß sie offene Türen einrennt. Bereits am 20. 4. hat die Bundesregierung in einer Antwort auf Fragen der PDS-Abgeordneten Heidi Lippmann mitgeteilt, sie habe nicht näher beschriebene „Hinweise auf strafbare Inhalte von in der *Özgür Politika* erschienenen Artikeln an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden mit der Bitte um Prüfung weitergegeben“. Schon im Februar hatte Schily angekündigt, „die Logistik der PKK ... zerschlagen“ zu wollen. Am 23.4. hat die britische Fernsehkommission ITC dem MED-TV, dem weltweit einzigen Sender in kurdischer Sprache, nach dreiwöchiger Sendesperre ganz die Lizenz entzogen – auch hier gehörten deutsche Innenminister zu den treibenden Kräften.

AMTSLÜGEN. Durch die Veröffentlichung der AA-Lageberichte zum Kosovo unter Druck geraten, versuchte Staatsminister Ludger Volmer (B90/Die Grünen) die Flucht nach vorn. Er sagte der *Frankfurter Rundschau* (30.4.), er habe „angewiesen, den Lagebericht offiziell aus dem Verkehr zu ziehen“. Er „entsprach nicht der empirischen Wahrheit, sondern war aus innenpolitischen Gründen von der alten Regierung so verfaßt worden“, so Volmer. Wie berichtet, hatte das Auswärtige Amt ethnische Verfolgung von Kosovo-Albanern bestritten, als es um Verweigerung von Asyl und Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Kosovo ging, dagegen ethnische Verfolgung, ja Völkermord behauptet, als es um die Rechtfertigung des Angriffskrieges ging. So oder so rechtfertigt die Amtslüge Gewalt und Krieg. Auch mit seiner letzten Auskunft log Volmer. Der letzte Lagebe-

richt des Auswärtigen Amtes stammt nämlich nicht aus der Zeit der Kohl-Regierung, sondern vom 18.11.98; auf seiner Grundlage gab das Auswärtige Amt noch im Januar 1999 ausführlich Auskunft an Gerichte. Die PDS-Bundestagsfraktion verlangt in einer Kleinen Anfrage u.a. Auskunft, wieviel Asylanträge von Kosovo-Albanern seit dem 18.11.1998 abgelehnt und wie viele seither abgeschoben wurden; ob die Bundesregierung andere Lageberichte über andere Länder prüfe, ob sie der „empirischen Wahrheit“ entsprechen oder aus „innenpolitischen Gründen“ abgefaßt worden sind, und womit, wenn die Berichte des Auswärtigen Amtes richtig sind, die Bombardierungen Jugoslawiens dann gerechtfertigt werden.

GESUNDHEITSREFORM. Der vom Gesundheitsministerium vorgelegte Arbeitsentwurf für die Gesundheitsreform enthält vor allem die folgenden Punkte: Die Beitragssätze sollen stabil gehalten werden; die Pflichtversicherungsgrenze wird nicht heraufgesetzt. Die Zuzahlung von Patienten zu Rehabilitationsaufenthalten soll auf 17 (alte) bzw. 14 DM (neue Bundesländer) pro Tag gesenkt werden. Zukünftig soll der Besuch eines Facharztes nur mit Überweisung des Hausarztes möglich sein. Für erstattungsfähige Arzneimittel werden Positivlisten erlassen: eine für die allgemeine Versorgung, eine für pflanzliche und homöopathische Präparate, die bisher nicht erstattet wurden. Der größte Komplex ist die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung; sie soll in drei Schritten erfolgen: Ab 2002 sollen die Kassen statt der bisherigen Tagesspaßsätze Fallpauschalen zahlen, ab 2005 sollen die Länder die Kosten für die Ausbildungsstätten und theoretische Ausbildung an den Krankenhäusern übernehmen, der 3. Schritt soll in einem separaten Gesetz geregelt werden.

VERSCHLEUDERUNG. Für 7,1 Mrd. DM will die Bundesregierung, entgegen den Wahlversprechen, über 114.000 Eisenbahnerwohnungen, die dem Bund gehören, an ein Bieterkonsortium aus 10 privaten und staatlichen Wohnungsgesellschaften verschleudern. Damit zahlen die Käufer für in der Regel guterhaltene Wohnungen lediglich rund 1.000 DM/qm, selbst in Ballungsgebieten wie Hamburg oder München, wo Preise von 2.000 bis 3.000 DM für Wohnungen mit einfacher Ausstattung die Regel sind. Dagegen gibt es Kritik aus SPD, Mieterbund und Gewerkschaft der Eisenbahner. Im Eisenbahnneuordnungsgesetz ist übrigens festgeschrieben, daß die Eisenbahnerwohnungen, in denen auch viele verrentete Eisenbahner wohnen, eine „betriebliche Sozialeinrichtung“ sind, die nicht ohne Zustimmung des Hauptpersonalrats verkauft werden dürfen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag tagt erst wieder am 16.6.

Die NATO zerbombt Jugoslawien

Mit jedem Tag, an dem die NATO die Zerbombung Jugoslawiens fortsetzt, tritt ihr Kriegsziel deutlicher zutage, wie sie es im Teil B des Rambouillet-Abkommens formulierte: die Besetzung der Bundesrepublik Jugoslawien.

Man kann immer wieder lesen, daß sogenannte Militärfachleute das angeblich zögerliche Vorgehen der NATO kritisieren, kriegsbefürwortende „Bedenken-träger“ verschiedener Couleur dagegen die angeblich „blinde Zerstörungswut“ der NATO-Angriffe. Tatsächlich sind diese Angriffe weder zögerlich noch ziellos: Sie zerstören mit System die Grundlagen der jugoslawischen Wirtschaft, neben der Grund- und Schwerindustrie vor allem die Energieproduktion und –versorgung, das Verkehrs- und Kommunikationsnetz. Das eiskalte Kalkül: Nach Ende des Krieges werde der Drang, das Land wiederaufzubauen, dem westlichen Kapital die Tore öffnen und ihm ermöglichen, die Schaltstellen der Wirtschaft in die Hand zu bekommen, imperialistische Eigentumsverhältnisse zu implantieren, die Lebensweise der Bevölkerung umzukrempeln und so das Land auf „friedlichem“ Wege zu besetzen.

Im Vorschlag für einen „Stabilitäts-pakt für Südosteuropa“, den das grüngeführte Auswärtige Amt propagiert, kommt dieses Ziel unter dem Stichwort „Unsere Interessen in Südosteuropa“ so daher: „Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen mit stabilem Wirtschaftswachstum zum Abbau des Wohlstandsgefälles in Europa, Wirtschaftsinteressen (ausbaufähige Absatzmärkte, Investitionsstandorte)“. Später wird ausgeführt: „Der Stabilisierungsprozeß muß durch den Aufbau und die Stärkung konkurrenzfähiger und international vernetzter privatwirtschaftlicher Strukturen in der Region begleitet werden.“ Die „Internationale Gemeinschaft“ habe sich u.a. auf folgenden Gebieten zu engagieren: „Wirtschafts- und Gesetzgebungsberatung, Aus- und Weiterbildung von Führungskräften in Politik und Wirtschaft, Förderung des privaten Sektors“. (Quelle: Web-Seite des AA)

Die Vergleiche mit dem „Marshall-Plan“, der den Wiederaufbau Westdeutschlands nach dem Krieg ermöglicht und vorangetrieben habe, sind allerdings verlogen. Die Ausgangsbedingungen sind nämlich unvergleichbar. Aufgrund der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft und der eigenen wirtschaftlichen Potenzen half der Kapitalzufluß von der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg, die Warenproduktion so zu entfalten, daß sie sowohl die Tilgung der Kriegsschulden wie die innere Kapitalakkumulation in rela-

tiv kurzer Zeit leisten konnte. Unter den heutigen Bedingungen des Weltmarktes gibt es eine solche Möglichkeit für das zerstörte Jugoslawien nicht, ebenso wenig und noch weniger wie für seine ruinierten Nachbarstaaten. Auf die Weltmarktbedürfnisse zurechtgeschnitten, der internationalen Arbeitsteilung eingepaßt, hätte die jugoslawische Wirtschaft keine Entwicklungschancen, die riesige Mehrheit der Bevölkerung wäre, für die Profitinteressen des westlichen Kapitals unbrauchbar, zu einem Leben in größter Armut verdammt.

Daß diese düstere Perspektive einer der Hauptgründe für den – von SPD und Grünen mehrheitlich unerwarteten – Widerstand der jugoslawischen Gesellschaft gegen die verlangte Kapitulation ist, das ist den Drahtziehern des Angriffskrieges nur zu gut bewußt. Außerdem hat die jugoslawischen Gesellschaft eine Alternative: Sie liegt in der Entwicklung der Kooperation mit der Region und auch mit Rußland. Deshalb vertrauen die westlichen Mächte auch nicht auf die befriedende Wirkung der „friedlichen“ Besetzung, die sie vorbereiten, sondern halten am Ziel auch der militärischen Besetzung Jugoslawiens fest.

Eine Verhandlungslösung scheitert an der NATO, nicht an Jugoslawien

Die westliche Allianz habe sich „wenigstens in den Grundsätzen mit den Russen auf eine gemeinsame Front gegen den Großserben Slobodan Milosevic verständigt“, verbreitet der „Spiegel“ die neue Kriegspropaganda (19/99), derzufolge sich Jugoslawien annehmbaren Bedingungen versagt. Das ist in mindestens zweierlei Hinsicht gelogen. Politik und



15 000 beteiligten sich am 8.5. an der bundesweiten Demonstration in Berlin, Tausende demonstrierten in zahlreichen anderen Städten der BRD. Bilder: res

Medien verschweigen, daß die Bundesrepublik Jugoslawien längst ihr Einverständnis erklärt hat und mit fast allen wesentlichen Punkten der G8-Erklärung übereinstimmt: sichere Rückkehr der Flüchtlinge, weitgehende Autonomie für Kosovo ohne Herauslösung aus Serbien, Reduzierung der Regierungskräfte in Kosovo auf das Normalniveau usw. Es gibt im wesentlichen einen einzigen Streitpunkt, den allerdings nicht zwischen Jugoslawien und dem Rest der Welt, sondern zwischen der NATO auf der einen, Jugoslawien, Rußland und China auf der anderen Seite. Dieser Streitpunkt betrifft Charakter und Zusammensetzung der ausländischen Präsenz im Kosovo, die die Rückkehr der Flüchtlinge und die Zugehörigkeit der autonomen Provinz zum jugoslawischen Staatsgebiet garantieren soll. Die NATO-Mächte bestehen auf ihrer militärischen

USA: Nationale Demonstration zum Pentagon gegen den Jugoslawienkrieg am 5. Juni 1999

„Geld für Jobs und Bildung, nicht für den Krieg in Jugoslawien“

Für den 5. Juni 1999 wird in den USA zu einer mächtigen Protestdemo gegen den NATO-Krieg gegen die Balkanvölker aufgerufen. Vom Vietnam-Veteranen-Memorial zum Pentagon soll der Demonstrationzug gehen. Unter der Parole: Es ist Zeit zum Handeln, wir wollen kein Memorial für die Jugoslawienveteranen, ruft u.a. der Justizminister der Carter-Regierung Ramsey Clark zu dem Protestmarsch auf. Die zentrale Forderung der Demonstration lautet: „Geld für Jobs und Bildung und nicht für den Krieg in Jugoslawien“. In

dem Aufruf heißt es u.a.:

„Dies ist die wichtigste Anti-Kriegs-Demonstration seit dem Vietnam-Krieg ... Wir zählen auf eure Hilfe für die massive Graswurzelkampagne zur Bildung einer neuen Anti-Kriegs-Kampagne. Der Zeitpunkt könnte dringender nicht sein. Warum? Weil wir am Rande des Abgrunds stehen. Tausende Soldaten wurden in einen blutigen Krieg in Vietnam geschickt. Zehn Jahre nach Ende des kalten Kriegs macht sich das Pentagon erneut auf in ein zerstörerischen Abenteuer. Anstatt um einen sogenannten Friedenseinsatz geht es um die Errichtung einer neuen Weltordnung.“

Als sozusagen vorbereitende Aktionen mit mobilisierendem Charakter finden am 15. Mai in den ganzen USA Demonstrationen statt. In New York sollen Radiostationen besucht werden, die eine offene Kriegshetze gegen die Balkanvölker betreiben.

„Größere Schäden als im II. Weltkrieg“

Jugoslawische Gewerkschafter fordern Ende der NATO-Aggression. Unterstützung aus aller Welt

Der ökonomische Schaden, der durch die Bombenangriffe der NATO in den letzten sechs Wochen in Jugoslawien angerichtet wurde, ist größer als das Ausmaß der Zerstörung während des Zweiten Weltkrieges. Tomislav Banovic, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes in Serbien, bezifferte am Mittwoch in Belgrad den Umfang der Schäden auf 100 Mrd. Dollar. Mehr als 500 000 Arbeiter hätten durch die systematische Zerstörung von Fabrikanlagen ihren Arbeitsplatz verloren. Deren Familien eingeschlossen, sei damit die Existenz von mehr als zwei Millionen Menschen direkt bedroht, so Banovic.

Mit den Zastava-Werken in Kragujevac, der Firma „14. Oktober“ in Krusevac, „Sloboda“ in Cacak, „Milan Blagojevic“ in Lucani, „Krusik“ in Valjevo und den Chemiewerken „Azotara“ in Pancevo wurden die größten und ökonomisch wichtigsten Fabriken Jugoslawiens zerstört. Des weiteren wurde die Ölindustrie schwer getroffen, insbesondere die Raffinerien und Treibstoffdepots in Novi Sad, Pancevo, Sombor, Smederevo und Belgrad. Hinzu kommen Angriffe auf das Heizkraftwerk „Beogradske Elektrane“ sowie Einrichtungen der Stromversorgung. Mit der Zerstörung von mehr als 50 Brücken, 15 normalen und fünf Hauptverkehrsstraßen sowie von Bahn- und Busstationen werden selbst diejenigen Arbeiter getroffen, die noch Arbeitsplätze haben. Sie können sie schlicht nicht mehr erreichen.

Auf Initiative des Gewerkschafts-

bundes habe die serbische Regierung ein Gesetz erlassen, wonach diejenigen, deren Arbeitsplätze durch die Bombenangriffe zerstört worden sind, eine Unterstützung in Höhe des vereinbarten Mindestlohnes erhalten. Zudem wird den Arbeitern die volle soziale Absicherung – medizinische Versorgung und Renten – garantiert.

Was in das von westlichen Medien gezeichnete Bild von Serbien nicht paßt: Dem zwei Millionen Mitglieder zählenden Gewerkschaftsbund Serbiens gehören Arbeiter aller ethnischen Gemeinschaften und Religionen an. Die Mitglieder vereine dasselbe Interesse – der Kampf für die Rechte der Arbeiter. In dieser Konsequenz wurde auch kein Arbeiter in Serbien aufgrund seiner ethnischen Herkunft, seiner religiösen Zugehörigkeit oder seiner politischen Heimat benachteiligt oder entlassen. Alleine in Belgrad seien fünf Prozent der Gewerkschaftsmitglieder ethnische Albaner.

„Die fortschrittlichen Kräfte in der internationalen Gemeinschaft sind zu langsam in der Realisierung und einer angemessenen Entgegnung auf die Bedrohung nicht nur gegen unser Land, sondern gegen die gesamte Welt und menschliche Zivilisation“, kritisierte Radoslav Ilic. Der Vorsitzende der Vereinigung Unabhängiger Gewerkschaften in Jugoslawien stellte zudem fest, daß die „Aggression alle Anzeichen eines schmutzigen Krieges gegen die Bevölkerung eines souveränen Staates beinhaltet“. Am meisten seien die Arbeiter von den Angriffen betroffen. Neben Aktivitäten auf internationaler Gewerkschaftsebene zur Beendigung der NATO-Aggression setze sich auch seine Vereinigung dafür ein, daß kein Arbeiter, dessen Arbeitsplatz zerstört wurde, arbeitslos wird oder ohne angemessene soziale Absicherung bleibt.

Wichtig für die Gewerkschaften in Jugoslawien seien die Reaktionen, die Unterstützung aus aller Welt. In mehr als siebzig Solidaritätserklärungen von Gewerkschaftsbewegungen werde mittlerweile ein Ende der bewaffneten Aggression gegen die Arbeiter sowie die gesamte Bevölkerung Jugoslawiens gefordert. Die meiste Unterstützung und Solidarität komme von Ländern Südeuropas wie Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien und Portugal sowie aus Osteuropa – Rußland, der Ukraine und Belorußland, stellte Ilic dankend fest. „Nicht einmal eine einzige Unterstützungserklärung ist indes vom Europäischen Gewerkschaftsbund eingetroffen.“ (...)

Rüdiger Göbel, Belgrad, aus: junge Welt, Freitag, 7. Mai 1999

Deutscher Konzern erobert den Balkan

Die Heidelberger Zement AG expandiert weiter nach Ost- bzw. Südosteuropa. Nachdem der Konzern in den letzten Jahren zum größten Zementproduzenten in Ungarn, Polen und Tschechien wurde und auch in Rumänien Fuß faßte, hat er jetzt ein Auge u.a. auf Nachfolgestaaten des zerteilten Jugoslawien geworfen: In Bosnien wird die Zementindustrie privatisiert, in Slowenien die schon eingeleitete Privatisierung forciert, in beiden Ländern will der Konzern die Zementproduktion in die Hand bekommen. Die Durchdringung der Region hat die Heidelberger Zement in den letzten Jahren zu einem der fünf größten Zementhersteller der Welt werden lassen: Im sog. „Zentraleuropa-Ost“ beutet er z.Zt. ca. 7000 Beschäftigte aus – ca. 30% der Gesamtbeschäftigten –, mittelfristig soll die Hälfte entlassen und der Anteil des Umsatzes am Gesamtumsatz von jetzt 9% gesteigert werden. *scc, Quelle: SZ, 22.4.*

Besetzung, für Jugoslawien, das dabei die Unterstützung der Veto-Mächte Rußlands und Chinas hat, ist das unannehmbar.

Diese Frage der Kontrolle der Friedensregelungen ist aber entscheidend. Wenn die NATO sich nicht damit durchsetzt, Jugoslawien zu besetzen, dann hat sie ihr Kriegsziel verfehlt, dann wird sie diesen Krieg nicht gewonnen haben. Deshalb setzt sie ihre Angriffe „erbarungslos“ (so Clinton) fort, deshalb eskaliert sie, beantwortet jede Friedensinitiative mit einem neuen Bombenhagel, und deshalb wohl bombardierte sie – die Lügen sind so lächerlich, daß sie die Drohung, die in der Bombardierung liegt, eher noch unterstreichen – die chinesische Botschaft: Die NATO will die Kapitulation Jugoslawiens, keine Verhandlungslösung.

Der russische Diplomat und Wissenschaftler Igor F. Maxymitschew zog auf

einer Podiumsdiskussion am 8.5. in Berlin die Schlußfolgerung, daß der Krieg gegen Jugoslawien die Bemühungen zeige, eine unizentristische Weltordnung ge-



Nicht nur US-, auch deutsche Strategie

waltsam durchzusetzen. „Die Endsumme dieser Bemühungen würde vor allem auf Kosten der Weltstellung Rußlands wie auch Chinas und Indiens gehen, von der Unzahl der mittleren Mächte ganz zu schweigen, die ihre Unabhängigkeit bewahren möchten. So wird die Spaltung Europas und der Welt mindestens in zwei entgegengesetzte Koalitionen unvermeidlich vorbereitet.“ (zit. nach jW, 10.5.)

Der Ausgang des Krieges stellt die Weichen für die Entwicklung der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Noch kann sich die NATO, noch kann sich die Bundesregierung auf die Zustimmung der öffentlichen Meinung berufen. Aber aus dem Dunst der Propaganda, die als Kriegsziel den Schutz der kosovo-albanischen Bevölkerung vorgibt, tritt infolge der NATO-Kriegsführung selbst das tatsächliche Kriegsziel immer deutlicher hervor. Dafür aber gibt es die öffentliche Zustimmung nicht. *scc*

Viel Kritik, vereinzelt Zustimmung

PDS-Positionen in der Haushaltsdiskussion

Wir dokumentieren Auszüge aus Reden von PDS-Abgeordneten in der Haushaltsdiskussion während der ersten Mai-Woche.

Repression beenden

Sabine Jünger zum Haushalt des Justizministeriums: (...) Erstens. Ich begrüße es sehr, daß in der überarbeiteten Fassung des Haushaltsentwurfs die Bundesmittel im Bereich des Täter-Opfer-Ausgleichs erhöht und damit wieder auf den Stand von 1995 gebracht wurden. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist ein wichtiges Instrument des Strafrechts und Strafprozeßrechts, das gerade auch im Bereich der Jugenddelinquenz Möglichkeiten jenseits des Strafvollzugs bietet. (...) Zweitens. Die Abschaffung des Kapitels Wehrstrafgerichtsbarkeit unterstützen wir nachdrücklich, auch wenn es lediglich um 5 000 DM Einsparung ging.

(...) Was den Finanzbereich des Generalbundesanwalts anbelangt, habe ich die Kürzungen bei den Gerichtskosten und bei der Verwaltungskostenerstattung an die Länder positiv registriert. Ich würde allerdings ... gleichzeitig durch einige überfällige politische Maßnahmen weitere Millionen einsparen. Herr Schily, heben Sie endlich die Verbote der PKK und von Devrimci Sol auf dem Gebiet der Bundesrepublik auf! Beenden Sie die Kriminalisierung dieser Gruppen! Machen Sie sich nicht länger zum verlängerten Arm der Türkei! Verfolgen Sie Straftäterinnen und Straftäter und nicht Funktionsträgerinnen und Funktionsträger von Gruppen, die in der Türkei verfolgt werden und mit denen dort – wie aktuell wieder sehr deutlich wird – kurzer Prozeß gemacht wird. Und sparen Sie sich doch einfach auch die enormen Mittel, die aufgewendet werden, um gegen linke und antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen zu prozessieren, indem Sie den Gesinnungsparagraphen 129 a abschaffen.

Sozial gerechte Lösung steht aus

Christina Schenk zum Haushalt des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: (...) Zwei Dinge hat die Koalition für Familien bislang auf den Weg gebracht: zum einen die Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar um 30 DM und zum anderen die Senkung des Eingangssteuersatzes. Beide Maßnahmen ... verbessern die Situation von Familien, leider aber nicht derjenigen, die es am allernötigsten haben. Sozialhilfebeziehende Haushalte profitieren weder von der Kindergelderhöhung noch von der Steuerentlastung. Durch die volle Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe haben die wirklich Bedürftigen nicht einen Pfennig mehr in der Tasche. (...) Wir erwarten deshalb von der

Bundesregierung, daß sie kurzfristig eine Regelung schafft, die für sozialhilfebeziehende Familien eine Entlastung bringt, die der Kindergelderhöhung um 30 DM entspricht.

Es liegt jetzt ein ernstzunehmender Vorschlag der Bundesregierung zur Umsetzung des sogenannten Familienurteils des Bundesverfassungsgerichts vor. Das Finanzministerium schlägt 260 DM Kindergeld mit ergänzendem Kindergrundfreibetrag vor. Das Ganze soll nicht mehr als 8 Milliarden DM kosten. (...) Ist das wirklich ein ernstzunehmender Beitrag zur Familienförderung? Ich finde, das kann es nicht sein. Eine wirklich sozial gerechte Lösung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die PDS präferiert ganz eindeutig eine einfache und klare Regelung in Form eines einheitlichen Kindergeldes für alle. Was die genaue Höhe anbelangt, rechnen wir noch. Wir haben jedoch bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein existenzsicherndes Kindergeld von 660 DM gefordert und auch entsprechende Finanzierungsvorschläge unterbreitet.

Was nun die Finanzierung der Umsetzung des Urteils betrifft, so hat das Bundesverfassungsgericht höchstselbst den Weg für die Abschaffung des Ehegattensplittings freigemacht. Dazu sage ich, auch wenn es der konservativen Seite dieses Hauses ganz bestimmt nicht gefällt: Das Ehegattensplitting ist keine Maßnahme der Familienförderung. Das hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Der Übergang zu einer konsequenten Individualbesteuerung wird von der PDS seit langem gefordert. Ich finde, dieser Schritt ist überfällig. (...)

Keine Politikwende

Dr. Christa Luft zum Gesamthaushalt: (...) Meine Fraktion wird diesen Haushalt in der Schlußabstimmung nicht annehmen. (...) Ich nenne Ihnen ... unsere hauptsächlichen Ablehnungsgründe ...

Erstens. Dieser 1. Haushalt von Rotgrün leitet keine von der Mehrheit dieses Landes erhoffte nachhaltige Politikwende in Richtung auf soziale und ökologische Erneuerung ein. Eine Politikwende ist für Sie ... weitestgehend auf den Einstieg in die Haushaltskonsolidierung geschrumpft. Das ist natürlich kein unwichtiges Ziel ... Aber so haben Sie Ihre Prioritäten im Wahlkampf nicht gesetzt.

(...) Nun kündigen Sie an, daß die eigentliche Haushaltskonsolidierung erst im Jahr 2000 bevorstehe. Da wird von drastischem Sparen gesprochen. Sie müssen aufpassen, daß aus solchen Ankündigungen nicht eine Art Drohkulisse wird und daß sich nicht Unsicherheit ausbreitet, nicht nur bei Zuwendungsempfängern, sondern auch bei den auf Förderung angewiesenen kleinen und mittelständischen Unternehmen, bei Existenzgründern, bei Rentnerinnen und Rentnern und bei kranken Menschen.

Zweitens. Die positiven, auch für uns zustimmungsfähigen Akzente dieses

Haushaltes werden im kommenden Jahr wahrscheinlich – da muß ich sagen: leider – zum großen Teil nicht wiederholbar sein. Sie werden nicht dauerhaft sein. Sie sind im Gegenteil Einmaleffekte im ersten Jahr der Regierung. Das betrifft auch das in diesen Debatten – wie ich finde, zu Recht – hochgelobte, auch von uns begrüßte Sonderprogramm zur Ausbildung und Beschäftigung von 100 000 jungen Leuten. Wir brauchen nur jeden Tag einen Blick in die Zeitungen zu werfen. Ich sage Ihnen eine einzige Zahl: In den neuen Bundesländern ist jetzt schon klar, daß das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen 1999 das Angebot von 1998, das schon bescheiden genug war, noch einmal um 10 Prozent unterschreiten wird. Viele der jungen Leute, die jetzt dank dieses Programms in eine Ausbildung oder eine Beschäftigung kommen, werden wir also wahrscheinlich im kommenden Jahr um diese Zeit wieder als Arbeitslose auf der Straße finden, weil sie keine Anschlußbeschäftigung oder Anschlußausbildung in einem Betrieb finden.

Drittens. Bei einer ganzen Reihe von aufgestockten Titeln haben Sie sich leider verweigert, auch einmal einen neuen Weg zu gehen. Sie sind, was die aktive Arbeitsmarktpolitik betrifft, im Grunde bei den Einjahres-ABM geblieben. Wir hatten vorgeschlagen, wenigstens einmal zu probieren, in personalintensiven Bereichen, die nicht rationalisierbar sind und die folglich von privaten Unternehmen als wenig attraktiv angesehen werden, einen Einstieg in eine öffentliche Beschäftigungsförderung vorzunehmen und damit Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Das haben Sie abgelehnt. Wir bedauern das zutiefst.

(...) Absolute Kontinuität – auch das ist ein Grund für uns, diesen Haushalt abzulehnen – wahrt Rotgrün beim Verteidigungshaushalt. Die meisten von uns, die wir hier sitzen, werden sich erinnern, welche Vorkämpferin für den Verzicht auf die Anschaffung des Eurofighters Frau Matthäus-Maier immer gewesen ist. Verzicht auf die Anschaffung des Eurofighters und Frau Matthäus-Maier – das war sozusagen ein Zwillingsspaar. Jetzt ist es leider so gekommen, daß Frau Matthäus-Maier geht und der Eurofighter kommt. Uns wäre es umgekehrt lieber gewesen.

Ich komme zum letzten Punkt. Wir kritisieren, daß die neue Koalition zwar sehr viele Ausgabenposten – viele davon natürlich zu Recht – auf den Prüfstand gestellt hat, sich aber bei den möglichen Einnahmequellen einfach den Schneid hat abkaufen lassen. Sie haben nicht von Anfang an das getan, was zu Oppositionszeiten auch von der SPD und von sehr vielen Bündnisgrünen immer gefordert worden ist, nämlich die private Vermögensteuer sofort wieder zu erheben. Das haben Sie versäumt. Das wäre zwar keine Einnahmequelle für den Bund gewesen; aber das hätte die Länderhaushalte konsolidiert. (...)

Gegen Krieg und Arbeitslosigkeit

Folgender Witz, der zur Zeit in der Tschechischen Republik die Runde macht, gibt den Gefühlen der meisten Tschechen angesichts der Unterstützung ihrer Regierung für den NATO-Krieg gegen Jugoslawien Ausdruck: „Was ist der Unterschied zwischen einem tschechischen Politiker und der tschechischen Fußballmannschaft? – Die tschechische Fußballmannschaft weiß, für wen sie spielt.“

Die Lehrerin Marta Semelová erzählte diesen Witz am 1. Mai auf der Prager Letna-Höhe gegenüber dem Stadion von Sparta Prag. Sie leitete dort die 1.-Mai-Kundgebung der Prager Organisation der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM), zu der 20 000 Teilnehmer gekommen waren. Die Hälfte der Anwesenden, so wird geschätzt, waren nicht Mitglieder der Partei, deren Mitgliederzahl in der tschechischen Hauptstadt etwa 13 000 beträgt.

Auch in anderen Städten und Ortschaften der Tschechischen Republik (Einwohnerzahl: 10 Millionen) nahmen Tausende an den Mai-Kundgebungen der KSCM teil. Sie forderten ein Ende des NATO-Krieges gegen Jugoslawien und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die in manchen industriellen Schlüsselregionen mittlerweile über 16% beträgt. Die starke Beteiligung spiegelt die wachsende Opposition gegen die Nutzung tschechischen Territoriums durch die NATO-Streitkräfte und gegen Präsident Havels immer lauterer Drängen auf eine Teilnahme tschechischer Truppen an den Kämpfen wider. Außer den 20 000 in Prag versammelten sich 6 000 in Brno, 5 000 in Usti nad Labem, 3 000 in Novy Jicin, je 2 000 in Ostrava und Pardubice, je 1 500 in Olomouc und Bruntal und 1 000 in Havířov.

Die Stimmung bei der Kundgebung in Prag wurde von der Tageszeitung „Právo“ als „stürmisch“ beschrieben. In seiner Ansprache sagte der KSCM-Vorsitzende Miroslav Grebénicek: „Nach nicht einmal zehn Jahren sind von den Idealen des November 1989 nur noch Trümmer übrig. Auf die Euphorie folgte der Kater, auf den Kater die Ernüchterung. Viele Mitbürger erkennen heute, daß sie betrogen wurden. Das Mäntelchen einer ‚demokratischen, humanistischen und marktwirtschaftlichen Reform‘ ist zerrissen und kann das wahre Ziel einer fundamentalen Veränderung der Eigentumsverhältnisse nicht mehr verschleiern.“ Mit Blick auf Präsident Václav Havel sagte Grebénicek: „Der König ist nackt. Statt eines Humanisten kommt ein Krieger zum Vorschein. Er brennt darauf, zu bombardieren und zu schießen und junge Männer in den Tod zu schicken. Er ist zu einem ganz gewöhnlichen Militaristen geworden.“

Während Havels Kanada-Besuch eine Woche zuvor, so Grebénicek weiter, hätten Demonstranten vor dem kanadischen Parlament ihn einen „blutbeschnittenen Humanisten“ und einen „Papagei des Weißen Hauses“ genannt. „Ich selbst bin überzeugt, daß Frieden und Stabilität auf lange Sicht für die Tschechische Republik nicht möglich sein werden, solange tschechische Politiker den Krieg unterstützen und Václav Havel Präsident ist.“ Als die Menge darauf mit Sprechchören: „Schande! Schande!“ und „Genug von Havel!“ antwortete, fügte Grebénicek hinzu: „Ich höre eure Rufe. Aber das reicht nicht. Wir müssen dafür sorgen, daß er von der Burg verschwindet.“

In der Woche vor dem 1. Mai hatten Mitglieder der KSCM-Spitze eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen US-Präsident Clinton, den britischen Premierminister Blair, NATO-Generalsekretär Solana und andere Drahtzieher der Luftschläge gegen Jugoslawien angekündigt.

Wie in den Jahren zuvor verzichteten die tschechischen Gewerkschaften darauf, am 1. Mai eine Kundgebung oder eine Demonstration zu organisieren. In Begleitung des sozialdemokratischen Premierministers Miloš Zeman legte der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes von Böhmen und Mähren, der sozialdemokratische Senator Richard Falbr, einen Kranz an einer Gedenktafel nieder, die an die erste Mai-Demonstration in Prag am 1. Mai 1890 erinnert. Am Nachmittag fand im Prager Ausstellungsgelände Višňaviště eine Versammlung der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (CSSD) statt, bei der die Errungenschaften der Regierung seit ihrer Amtsübernahme im Juli letzten Jahres gefeiert wurden. Da es wenig solche Errungenschaften zu feiern gab, nahmen nur ein paar hundert Menschen an dieser Versammlung teil.

Vorabdruck aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 9. Quelle: Postmark Prague Nr. 271 vom 3. Mai 1999, gekürzt



Zehntausende auf den Straßen

Weltweiter Aktionstag für M. Abu-Jamal

Zahlreiche Aktionen fanden am 24. April, dem weltweiten Aktionstag für das Leben und die Freiheit Mumia Abu-Jamals, statt: 20 000 bis 30 000 demonstrierten allein in Philadelphia, noch einmal 15 000 in San Francisco, und auch in anderen Städten der USA und Kanadas – so in Eugene, Los Angeles, Edmonton, Halifax, Toronto, Vancouver – und Europas – in Amsterdam, Barcelona, Cork, Dublin, Lissabon, London, Madrid, Karlsruhe, Nürnberg, Saarbrücken, Oslo, Stockholm, Wien, Zürich – sowie in Melbourne, Australien, fanden Demonstrationen und andere öffentliche Protestaktionen statt. In San Francisco beteiligte sich auch ein Block von Hafenarbeitern: An der gesamten Pazifikküste beteiligten sich Hafenarbeiter an eine Solidaritätsstreik für Mumia. In Rio de Janeiro rief die Lehrgewerkschaft zum Streik auf, an vielen Schulen führten die Lehrer zusammen mit den Schülern Veranstaltungen durch, auf denen über den Fall Mumias und über die staatliche Hinrichtungspraxis in den USA informiert wurde. Nachdem es an mehreren Orten zu kleineren Demonstrationen gekommen war, formierte sich am Nachmittag ein größerer Demonstrationzug zur US-Botschaft in Rio.

Menschen aus mehreren europäischen Ländern beteiligten sich an der Demonstration in Philadelphia. Ein Mitglied des Hamburger Solidaritätsbündnisses für Mumia Abu-Jamal führte das folgende (von uns gekürzte) Interview mit Len Weinglass, dem Verteidiger Mumias. Wir bedanken uns für die Genehmigung zum Abdruck. scc

Hat die Kampagne Mumias Chancen um ein neues Verfahren in irgendeiner Weise verbessert?

Es ist sehr schwierig, die Auswirkung öffentlicher Unterstützung zu einzuschätzen, aber ich bin davon überzeugt, daß, je größer die Unterstützung, desto wahrscheinlicher es ist, daß der Angeklagte bei der Anwendung der Gesetze und bei der Wahrheitsfindung eine bessere Chance hat. Historisch gesehen ist es hier so gewesen. Das Verfahren um Angela Davis vor 25 Jahren ist ein gutes Beispiel, aber man darf nicht vergessen, daß sie als Schwarze und Mitglied der Kommunistischen Partei von weißen Geschworenen verurteilt wurde, in Kalifornien unter Gouverneur Ronald Reagan, der da-



Philadelphia, 24.4.

Welche Schritte sind nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts noch offen?

Es ist schwierig zu sagen, wie lange eine Entscheidung des Obersten Gerichts der USA dauern wird, es gibt keine Fristen, es gibt kaum Präzedenzfälle. Müßten wir schätzen, dann würden wir sagen, daß wir irgendwann zwischen Juni und Oktober dieses Jahres das Ergebnis bekommen

malige Präsident war Richard Nixon. Also, in einer sehr schwierigen Situation und in einem schwierigen Verfahren hatte sie weltweite Unterstützung, und ich glaube, daß das in ihrem Verfahren viel ausmachte. Und deswegen ist sie heute frei und unterstützt öffentlich Mumia.

Sie sind in den letzten Tagen mit einem „writ of certiorari“ zum Obersten Gericht der USA gegangen, was ist das genau?

Es ist ein Gesuch, daß das Gericht überprüfen möge, ob es den Fall annimmt, es ist keine Berufung, da das Gericht den Fall nicht annehmen muß. Wir bitten das Oberste Gericht der USA, diesen spezifischen Fall zu überprüfen, und die Bitte ist ziemlich beschränkt. Wir haben nur drei Punkte angesprochen, die zwar von grundsätzlicher Bedeutung sind, aber nicht den Umfang dessen haben, was wir dem Obersten Gericht Pennsylvanias vorlegten. Diese Punkte müssen zum späteren Zeitpunkt behandelt werden. Gegenwärtig halten wir es für richtig, prüfen zu lassen, ob Mumia seines Rechtes, sich zu verteidigen, das ein verfassungsmäßiges und sehr grundsätzliches Recht ist, unrechtmäßig beraubt wurde und ob das Verfahren fortgesetzt werden durfte, nachdem er gegen den Entzug dieses Rechts protestierte und aus dem Gerichtsaal entfernt wurde, und schließlich, ob der einzige Geschworene, den er ausgewählt hatte, während er sich selber verteidigte, in seiner Abwesenheit hätte entlassen werden dürfen, in der Privatkammer des Richter ohne Beisein von Mumia. Dies sind also sehr grundsätzlich fundamentale Rechte, und wir waren der Meinung, daß das Oberste Gericht der USA diesen Fall nur auf der Grundlage dieser Punkte annehmen und überprüfen sollte, aber es muß es nicht tun. Es ist nur eine Bitte, daß er es tut.

werden, eher in Oktober, nach der Sommerpause. Sollte das Gericht eine Überprüfung ablehnen, was zu erwarten ist, wird Gouverneur Ridge wahrscheinlich einen neuen Hinrichtungsbefehl für Mumia unterzeichnen, das deuten seine Anwälte an. Und sollte er das tun, dann werden wir sofort das niedrigste Bundesgericht, das Distriktribunalgericht von Pennsylvania, anrufen und eine Aussetzung der Hinrichtung beantragen. Wir sind zuversichtlich, daß das Gericht dem Antrag stattgeben wird. Das wird jedoch der Anfang des Bundesberufungsprozeß sein, Mumias letzter Berufungsprozeß.

(...)

Man weiß, daß Kapitalfälle in Amerika sehr teuer sind, wieviel hat Mumias Verteidigung gekostet, und wie viel Geld ist noch nötig?

Was die Kosten angehen, bin ich mir nicht sicher, daß ich alle Zahlen zur Hand habe, zum Ersten. Zum Zweiten ist es hier allgemeine Praxis, nicht zu veröffentlichen, wieviel man für eine Untersuchung ausgegeben hat, weil das der Gegenseite erlaubt, diese Zahlen auszuschlachten. Es kann zu einem späteren Zeitpunkt sein, daß wir das Gericht um Unterstützung bitten. Wir wollen keine Zahlen veröffentlichen darüber, wieviel und wofür wir Geld ausgegeben haben. Das würde Mumia schaden. Ich werde also nicht darauf eingehen, aber ich will dies sagen. Der O.J. Simpson-Fall kostete etwa \$5 Mio., und das war ein Gerichtsverfahren. Eine Verurteilungsaufhebung zu erreichen, ist noch teurer als ein solches Verfahren, und wir haben nur einen Bruchteil dessen, was O.J. Simpson ausgeben mußte. Angesichts des Charakters des Problems operieren wir mit relativ geringen Mitteln. Wir brauchen unbedingt Geld, wir brauchen ständig Geld, es gibt eine laufende Untersuchung, fünf Anwälte arbeiten an dem

Fall, ich selber arbeite seit sieben Jahren an dem Fall, er beansprucht fast meine ganze Zeit, wir brauchen dringend Geld und wahrscheinlich kontinuierlich für die nächsten achtzehn Monate.

Sie konnten über die Jahren die Unterstützung für Mumia folgen, wie hat sich die Kampagne geändert?

Ich wurde sagen, einer der Höhepunkte der neuen Entwicklungen ist die Erweiterung der Unterstützung durch die Hip-Hop-Generation. Mumia hatte natürlich immer die Unterstützung der Todesstrafengegner, dann bekam er Unterstützung von denjenigen, die von seinem Verfahren gehört hatten der Auffassung waren, daß er kein faires Verfahren gehabt hätte. Dann, als wir in 1995 und noch mal 1997 Beweise für Mumias Unschuld brachten, bekamen wir zusätzliche Unterstützung von vielen Leuten, die an Mumias Unschuld glaubten und daran, daß er reingelegt wurde. Natürlich glaubten seine Freunde und Kollegen in Philadelphia dies vom Anfang an. Aber ich rede hier über die Ausweitung der landesweiten Unterstützung. Nun, ich meine, es wäre fair zu sagen, daß er mit Rage Against the Machine und damit, daß Mumias Schriften populärer wurden, bei jungen Menschen irgendwie ankommt, durch das, was er schreibt, was er sagt, wofür er steht. Und wenn ich rumreise und spreche, bin ich durch die Unterstützung der Jugend sehr beeindruckt. Ich sprach in der Highschool in Oakland. Dies sind Leute, die nicht akzeptieren können oder wollen, daß Mumia möglicherweise hingerichtet werden.

Herr Weinglass, Sie waren schon mal in Europa um Unterstützung für Mumia zu mobilisieren, werden Sie möglicherweise in der nahen Zukunft noch mal kommen?

Ja, ich denke schon, ich hoffe es, und ich möchte gerne. Ich muß sagen, daß es Unterstützung für Mumia gab, bevor ich am Fall beteiligt war, sie gibt's schon seit langem. Mumia hatte immer seine Freunde und enge Kontakte zum Unterstützernetz in Deutschland und nun auch in Frankreich und Italien. Es gibt ein sehr gutes Unterstützernetz in Kopenhagen oder Athen. Ich will niemand übersehen, aber das sind diejenigen, die mir einfallen. Und ich weiß, daß Mumia der Ansicht ist, daß die Unterstützung aus Europa für seinen Kampf sehr wichtig wird. Es gibt schon Anzeichen dafür, daß die Clinton-Regierung es allmählich erkennt und für notwendig hält, insbesondere auf die Opposition gegen die Todesstrafe vom europäischen Parlament zu reagieren. Im Dezember 1998 tat Präsident Clinton, was kein anderer Präsident vor ihm getan hatte, er unterschrieb am Internationalen Menschenrechtstag eine Proklamation, in der ein hoher Regierungsbeamte angewiesen wird zu untersuchen, ob die Vereinigten Staaten die drei wichtigsten internationalen Menschenrechts-

abkommen, die die USA unterzeichnet haben, einhält. Kein anderer Präsident vor ihm hat so was unternommen. Eigentlich herrscht die Meinung, hauptsächlich in den USA, daß internationales Recht bedeutungslos und keine Auswirkung hat, tatsächlich denken die meisten Amerikaner, daß es keine Auswirkung auf das Rechtssystem hier haben sollte. Aber ich denke, daß wir eine zunehmende Beunruhigung spüren und die Erfahrung machen, daß der internationale Druck, insbesondere gegen die Todesstrafe, eine große Auswirkung in den Vereinigten Staaten hat. Einer der Bundesstaaten, der bei Hinrichtungen traditionell führend war, war Georgia. Und Georgia stand, bis zur letzten Olympiade, die in Atlanta stattfand, an vorderer Front bei der Vollstreckung staatlicher Hinrichtungen. Als die Planung und die Vorbereitungen der Olympiade im Gange waren, entschied die Georgia-Regierung, keine weiteren Hinrichtungen durchzuführen, da sie Angst vor Reaktionen der Athleten aus Europa hat, und so wurde ein Moratorium erklärt, aber nicht öffentlich bekanntgegeben. Seitdem wurde kein einziger Mensch in Georgia hingerichtet, sie sind nicht zur Todespraxis zurückgekehrt, und das war eine direkte Auswirkung der Angst vor Reaktionen aus Europa. Ich denke also, daß wir hier eine sehr gute Auswirkung sehen, und ich weiß, daß Mumia Wert auf den Druck aus dem Ausland legt.

Herr Weinglas, bitte grüßen Sie Mumia, wenn sie ihn das nächste Mal sehen, von der Solidaritätsbewegung in Deutschland.
Dankeschön.

Wahlen in Israel

Welche Rolle spielen arabische Parteien?

Arafat hat seine Ankündigung, den palästinensischen Staat auszurufen, wie erwartet nicht wahr gemacht und sich hinter diplomatischen Floskeln und unverbindlichen Erklärungen der US-Administration zurückgezogen. Dafür gab es in den vergangenen Tagen einige Gegenemonstrationen aus der Bevölkerung, die sich erneut benutzt fühlen.

Die Wahlen in Israel werden auf dem Hintergrund fortdauernder rassistischer Ausgrenzungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung vollzogen. Ob sich zwischen Barak von der Arbeitspartei und Netanjahu vom Likud-Block die Stimmen teilen, ist noch nicht ausgemacht. Einfluß gewinnen können auch die ultrarechten Kreise, die noch stärker auf den historischen Anspruch zionistischer Siedlungspolitik setzen als die Mehrheitsfraktionen.

Hier ein kurzer Blick auf die Parteien aus dem arabischen Spektrum, die sich

zur Wahl stellen:

Einige neue Koalitionen sind gebildet worden, um die Chancen für einen Einfluß zu stärken.

– die Vereinigte Arabische Liste (UAL); sie hatte unter anderem Namen in der Knesset vier Sitze (90 000 Stimmen), konservativ-islamisch orientiert;

– Hadash (Demokrat. Front für Frieden und Gerechtigkeit), 1996 mit 5 Sitzen im Parlament vertreten, insbesondere dominiert von der Kommunistischen Partei, die jetzt als einzige aus dem Bündnis übriggeblieben ist.

– Al Tajamou (Demokrat. Nationale Allianz), 1996 noch in der Hadash vertreten, jetzt mit ihrem Kandidaten Azmy Bishara und der „Gruppe der 51“ und die „Söhne der Dörfer“ sowie eine weitere Gruppe „Arabische Bewegung für die Erneuerung“ vertreten. Bishara kandidiert auch für den Posten des Premierministers. Sie waren schon in der Knesset vertreten.

– Organisation der Demokratischen Aktion (ODA), im alten Parlament nicht vertreten, repräsentiert durch Samya Nasser, unabhängige linke Gruppierung

– Das neue Arabien, neu entstandene Bewegung von Makram Khoury.

Israel versucht, zwischen diesen Gruppierungen zu spalten. In Nazareth existieren zwei gleichstarke Gruppen, die Hadash und die UAL, die sehr unterschiedliche Positionen in der Kommunalpolitik vertreten, während auf der nationalen Ebene keine sichtbaren Differenzen vorhanden sind. Hadash vertritt – den Parolen nach – weiterhin sozialistische Ideale, im Gegensatz zu den islamischen Prinzipien der UAL, beide jedoch unterstützen letztlich Barak von der Arbeitspartei, unterstützen den Oslo-Vertrag. Ihre Verbindungen zu den Regierungen nach Jordanien und Ägypten sind offenkundig.

Es geht also nicht um Prinzipien, sondern um Anteile an der Macht. Es gibt – im Vergleich zu früheren Jahren – einen wachsenden Anteil von Kandidaten, die „springen“, früher einmal in einer deutlich anti-zionistischen Partei, nunmehr spielt dies keine große Rolle mehr. Haschem Mahamid war 15 Jahre in der Hadash-Partei, nunmehr orientierte er sich an der Al Tajamou. Als er jedoch die Umfragen las, in denen für die Gruppe keine großen Chancen ausgegeben wurde, wendete er sich zur islamischen Fraktion.

Auch Likud und die extremrechte Shas-Partei wollen bei den AraberInnen fischen. So ist z.B. der neue Bürgermeister von Shefaram ein heimlicher Verbündeter des Likud. Der ehemalige arabische Bürgermeister von Tamra hatte keine Skrupel, sich von der Shas öffentlich unterstützen zu lassen. Hadash-Führer Barakeh nennt diese Umstände schon als ernsthafte Probleme in der Erlangung einer eigenen klaren Linie. Aber trotz seinem Aufruf zur Einheit sind auch an seinen Konsequenzen Zweifel er-

laubt. An der Spitze seiner Forderung steht, die Wiederwahl von Netanjahu zu verhindern. Wäre dies nicht zu erreichen, würde auch eine Stärkung der Hadash keinen Sinn machen.

Im Gegensatz dazu und als Alternative stellt sich Bishara – erstmals – für einen (arabischen) Premierminister zur Wahl. Dafür wurde er von Hadash und UAL kritisiert, damit würden arabischen Interessen unterlaufen. Die Spekulation des Ausgangs der Wahlen ist wie folgt: Wären beide, Barak und Netanjahu, etwa gleichauf, müßte ein zweiter Wahlgang stattfinden. In diesem Fall wäre das Gewicht der „arabischen“ Stimmen bedeutsamer, wenn es zuvor einen eigenen Kandidaten gegeben hätte.

Auch die provisorische Regierung beschuldigt Bishara, die der Friedensentwicklung am nächsten stehenden Kräfte, nämlich die Arbeitspartei, zu schwächen. Allerdings ist – nach Ansicht von *Challenge* (Herausforderung), einer kritischen Zeitschrift zwischen den Fronten in Israel – von keiner der israelischen Parteien eine pro-arabische Politik zu erwarten.

Aber auch Bishara ist nicht deutlich in seinen Überlegungen. Seine Kandidatur für den Regierungschef kommt aus dem Blauen heraus, dafür sind 50 000 Unterschriften erforderlich. Diese bekam er allerdings innerhalb von zehn Tagen zusammen. Unter AraberInnen erhielt er in einer Umfrage – nach Barak – den zweithöchsten Anteil. Allerdings kam sein Bündnis mit dem neuen Partner – „Erneuerungsgruppe“ – wiederum überraschend, wird doch gerade der Führer, Ahmad Tibi, als Verbindungsmann zu den Israelis und der provisorischen Regierung Arafats eingestuft. Er wird als jemand beschrieben, dessen Loyalitäten niemand außer ihm selbst kennt, daher war er in linken Kreisen zur persona non grata erklärt worden. Bishara scheint zu denken, daß die Kenntnisse von Tibi ihm nützlich sein müssen, da er aus eigener Kraft kaum die Hürde überwinden kann, um ins Parlament zu gelangen. Gerade dies aber wird ihm wiederum negativ angekreidet.

Die Partei ODA will eine fortschrittliche, proletarische Alternative zu den bisherigen, von der Mittelklasse dominierten Gruppierungen. Sie kommen aus der Graswurzelbewegung, befinden sich an der täglichen Front gegen die Unterdrückung. Sie sind gegen jegliche zionistische Verbindung. Zunächst unterstützte ODA die Kandidatur von Bishara, wird es sich allerdings angesichts der Teilnahme von Tibi nochmals überlegen. Für den zweiten Wahlgang würde ODA dann nicht mehr zur Wahl aufrufen.

Aus diesen diversen Gründen ist nicht damit zu rechnen, daß die arabischen Stimmen einen großen Einfluß bei den Wahlen in Israel haben werden. Dennoch geben sie einen Eindruck von den unterschiedlichen Konstellationen im Alltag wieder.

mc



Was eigentlich schon klar war, der gezielte Angriff auf die chinesische Botschaft macht nun noch mal die strategischen Ziele der NATO-Staaten klar: Wer sich der neuen kolonialistischen Weltordnung der NATO-Staaten widersetzt, wird bestraft. China hat den Aggressionskrieg gegen die Balkanvölker schon immer kritisiert. Es hat aber auch scharf auf die zunehmende Militarisierung in der eigenen Region protestiert. Erst in der vergangenen Woche haben die USA und Japan einen Militärpakt geschlossen, in den auch Taiwan eingebunden ist, der sich direkt gegen die VR China richtet. Die Zerstörung der Botschaft sollte China wohl zeigen, wer in der Welt noch was zu sagen hat. Dagegen hagelt es jetzt Proteste vor den Botschaften der NATO-Staaten.

Deutsche Bank will tschechische Großbank

Das größte deutsche Kreditinstitut macht den nächsten Schritt zum Ausbau der Stellung im mitteleuropäischen Bankenmarkt. Sie will gut zwei Drittel des Kapitals der Prager Bank CSOB übernehmen. Die tschechische Großbank wird privatisiert, im Mai entscheidet die Regierung über den neuen Großaktionär bei dem Institut. Mit dem Gebot konkurriert die Deutsche Bank mit der belgischen KBC Bank und der bayerischen Hypo-Vereinsbank; zuvor ist auch die französische BNP als Übernahmeinteressentin im Gespräch gewesen. Nach tschechischen Zeitungsberichten bietet die deutsche Bank 1,2 Mrd. Dollar für einen Anteil von 66%. Vor kurzem hatte sich die Deutsche Bank an der viertgrößten polnischen Bank, der BIG Bank Gdansk S. A in Warschau beteiligt. (Quelle: FAZ)

Nicaragua: Regierung gibt bei Uni-Haushalt nach – Streik der Transportarbeiter hält an

(Managua, 3. Mai 1999, pulsar-Poonal).- Die Regierung Nicaraguas, der Nationalrat der Universitäten und die Nationale StudentInnenvereinigung unterschrieben ein Abkommen, das den staatlichen Universitäten Mittel von etwa 40 Millionen Dollar zuweist und bis 2002 jährliche Erhöhungen vorsieht. Damit ist der Streit um die Verwendung von sechs

Prozent des Staatshaushaltes für die Hochschulbildung vorerst beigelegt. Diese gesetzlich festgelegte Quote war von der Regierung unter Arnoldo Alemán so interpretiert worden, daß ein deutlich niedrigerer Betrag herauskam. Angesichts massiver Proteste der StudentInnen gab die Regierung nach. Dazu beigetragen haben dürfte ebenfalls, daß sich Alemán mit dem Streik der Arbeiter des öffentlichen Transportwesens einem weiteren größeren Problem gegenüber sieht. Der Streik wird von vielen BeobachterInnen gleichzeitig als Machtprobe zwischen Präsident und oppositionellen Sandinisten eingeschätzt. Der Tod eines 17jährigen, den zwei Unbekannte von einem Fahrrad aus erschossen, hat die Stimmung weiter angeheizt. Sandinistenchef Daniel Ortega machte für den Mord der Regierung nahestehende Paramilitärs verantwortlich. Er beschuldigte Alemán zudem, die Streikbewegung spalten zu wollen und nicht mit den wirklichen Vertretern der Transportarbeiter zu verhandeln. Der nicaraguanische Transportminister hatte Ende April die Verhandlungen mit der Gewerkschaft abgebrochen. Die Regierung hat mit verstärktem Einsatz von Militär und Polizei auf Straßenproteste reagiert. Die Gewerkschaft fordert eine Senkung der Benzinpreise per Dekret, um die Fahrpreise halten zu können. Außerdem sollen verschiedene Vergünstigungen den Erhalt und die Modernisierung des Warmparks ermöglichen.

Kolumbien: Lehrerstreik

(Bogotá, 28. April 1999, ac-Poonal).- Die vom Staat Beschäftigten in Kolumbien greifen in den vergangenen Monaten immer mehr zu Massenstreiks, um zu retten, was noch zu retten ist. Seit einigen Jahren stellen sie kaum mehr Forderungskataloge auf, sondern kämpfen darum, ihre Rechte nicht völlig zu verlieren. Dies ist auch bei den LehrerInnen der öffentlichen Schulen der Fall, die in der LehrerInnengewerkschaft FE-CODE organisiert und für die schulische Bildung von mindestens sechs Millionen SchülerInnen verantwortlich sind. Die LehrerInnen befinden sich seit einer Woche im Streik, um gegen die Privatisierung der öffentlichen Bildung und die Mißachtung ihrer Rechte zu protestieren, die ihnen aufgrund früherer Arbeitskämpfe zugestanden wurden. Die LehrerInnen vermuten, daß der Nationale Entwicklungsplan auf versteckte Weise die öffentliche Bildung auf raschem Weg privatisieren will. Der Entwicklungsplan wird zur Zeit im Kongreß diskutiert. Die Gewerkschaft sieht in zahlreichen vorgesehenen Regelungen einen Hebel, die Qualität der öffentlichen Bildung zu senken und den nationalen, regionalen und lokalen Behörden einen Freifahrtsschein auszustellen, um LehrerInnen künftig willkürlich zu versetzen, zu entlassen und massiv Stellen abzubauen. Die LehrerInnen wehren sich ebenfalls gegen die Privatisierung des Vorschulunterrichtes. Die Forderungen von FECODE zielen nach deren eigenen Worten auf die ganzheitliche Verteidigung der öffentlichen Bildung ab. FECODE fordert daher, sämtliche auf die öffentliche Bildung bezogene Punkte aus dem Nationalen Entwicklungsplan auszuklammern.

Südkorea: Generalstreik am 12. Mai

Am 29.4. hielt der Präsident der Koreanischen Metallergewerkschaft, Moon Seung-Hyun, eine Pressekonferenz ab und kündigte für den 12. Mai einen Generalstreik an, wenn es bis dahin keinen Fortschritt bei den Verhandlungen mit den Unternehmergruppen gebe. Die Gewerkschaft veröffentlichte einen 7-Punkte-Vorschlag für Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden und die Gewerkschaftsteilnahme an dem Rekonstruktionsprogramm der Regierung. 116 Metallarbeiter-Gewerkschaftsfilialen werden am 3.5. Streikversammlungen abhalten, nachdem sie am 1. Mai an den KCTU-Kundgebungen teilgenommen haben, um nachher in den Streik zu treten, wenn die Unternehmer nicht entgegen gekommen sind. Völlig legale Streiks können von der Regierung als illegal eingeschätzt werden, wenn der Unternehmer nicht in Verhandlungen getreten ist. Trotzdem wird der Generalstreik am 12. von den Krankenhausarbeiter/innen und einigen Sektoren der Angestellten unterstützt werden. *Zusammenstellung: hav*

Am 24. April fand auf dem Münchner Rotkreuzplatz das erste Tribunal des Bündnis für Kurdistan statt. Drei Augenzeugen berichteten von der Unterdrückung und Verfolgung der kurdischen Bevölkerungsgruppe durch die Türkische Republik. Vom K14 der Münchner Polizei muß eine neue Schikane berichtet werden: Nachdem in Gesprächen mit den Behörden von den Veranstaltern geklärt worden war, daß bildliche Darstellungen von Abdullah Öcalan mit dem Zusatz „Freiheit für Öcalan“ nicht beanstandet würden, suchten und fanden die beiden Polizeivertreter vor Ort eine andere Möglichkeit, die Verbreitung entsprechender Buttons zu unterbinden: Angeblich unterliege die Verbreitung bildlicher Darstellungen dem Presserecht. Deshalb fehle auf den Buttons ein Verantwortlicher im Sinne des Presserechts; die Buttons müßten sichergestellt werden. Ein Richter könne dann ja klären, ob sie mit ihrer rechtlichen Würdigung korrekt gehandelt hätten. Am 8. und 29. Mai werden die Tribunale an weiteren Münchner Plätzen fortgesetzt. *wob*



Weltladenbewegung startet die Kampagne „Land Macht Satt“

NIERSTEIN. Eine Neuorientierung der Welthandelsorganisation WTO anlässlich der Verhandlungen über ein neues Agrarhandelsabkommen fordert die europäische Weltladen-Bewegung. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, startete das Netzwerk der Weltläden am 8. Mai eine dreijährige Kampagne mit dem Titel „Land Macht Satt“. Rund 2500 Weltläden in Europa (davon 400 in Deutschland) luden zu einem Frühstück oder Menü aus Fairem Handel ein, also Produkten von Kleinbauern und -bäuerinnen, die zu Opfern der WTO-Politik zu werden drohen. Ziel der Kampagne ist es, die Frage der Rahmenbedingungen des Agrarhandels zu einem öffentlichen Thema zu machen und soweit möglich die Politik der EU innerhalb der WTO zu beeinflussen. *Infos bei: Weltladen-Dachverband, Langgasse 32, 55283 Nierstein, Telefon 06133 / 6 01 40, Fax: 92 70 55.*

„Aktion Stromwechsel“ kritisiert die Macht der Stromnetzbetreiber

HAMBURG. Über 60 000 Erklärungen liegen Greenpeace bereits von Haushalten vor, die bereit sind, ihrem jeweiligen Stromversorger zu kündigen und sich stattdessen von einem umweltfreundlichen Stromversorger beliefern zu lassen. Doch die Stromnetzbetreiber stellen sich stur. Nur jedes zehnte der rund 1000 Unternehmen ist bereit, den Preis für die Nutzung seines Netzes zur Durchleitung ökologischen Stroms anzugeben, und lediglich ein Prozent aller befragten Unternehmen verlangte Gebühren von weniger als zehn Pfennig pro Kilowattstunde. Greenpeace-Energieexperte Jörg Feddern: „Im Interesse der Verbraucher werden wir jetzt das Ergebnis unserer Befragung den Kartellbehörden übergeben, damit endlich der Zugang zu den Stromnetzen gesetzlich geregelt wird. Weil das Bundeswirtschaftsministerium in dieser Sache untätig bleibt, müssen wir

für die Haushalte handeln und auf diesem Wege den Druck auf die Stromunternehmen erhöhen. Umweltfreundlich erzeugte Energie darf von den Netzbetreibern nicht länger blockiert werden.“

Aus PE von Greenpeace, 3. Mai

Wanderpokal „Diskriminator“ für das sächsische Kultusministerium

DRESDEN. Die Fraktion der PDS des Sächsischen Landtages überreichte am 5. Mai anlässlich des Europäischen Protest- und Aktionstages für die Gleichstellung von Behinderten an das Sächsische Staatsministerium für Kultus den „Diskriminator 1999“ für

1. Die Nichterfüllung der Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte.
2. Neun Jahre Arbeit an der Integrationsverordnung und die damit bis heute ungenügende Integration behinderter Schüler.
3. Die ungenügende Barrierefreiheit an den Sächsischen Schulen. *Jürgen Dürrschmidt, MdL, PDS, sächsischer Landtag*

Künstler unterstützen Klage von Sinti und Roma in Bayern

MÜNCHEN. Einen Appell gegen den „institutionellen Rassismus“ haben internationale Künstler an den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gerichtet. Sie fordern die sofortige Vernichtung der Sonderdatei, in der wahrscheinlich alle 12000 in Bayern lebenden Sinti und Roma mit ihren Personalien, den Nummernschildern ihrer Autos und weiteren Daten wie „Bewegungen“, also Reisen, erfaßt und dort mit diskriminierenden Begriffen wie „Zigeunertyp“ und „Personentyp Sinti/Roma“ gekennzeichnet sind. Seit 1995 gibt es dagegen Proteste. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, berichtet, daß der bayer. Datenschutzbeauftragte Reinhard Vetter erst selbst die Sonderdateien überprüfte, nachdem der Zentralrat am 28. Juni 1998 Klage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof ein-

gereicht habe. Dann allerdings mußte er den Verdacht der Sinti und Roma voll und ganz bestätigen. Innenstaatssekretär Hermann Regensburger antwortet darauf für Stoiber: „Eine Sondererfassung von Sinti und Roma gibt es nicht. Es gibt lediglich die erkennungsdienstliche Erfassung verdächtiger Personen unter dem Begriff Sinti/Roma. Diese ist weder rechtsstaatswidrig, noch rassistisch“, aber „für die effektive Arbeit der Polizei unverzichtbar“. *baf*

Großdemonstration der Euromarschbewegung am 29. Mai in Köln

KÖLN. Die europäische Koordination der Euromärsche hat auf ihrem Treffen am 16. April in Köln erneut ihre Gegnerschaft gegen den geplanten europäischen Beschäftigungspakt erklärt. Sie hat darauf hingewiesen, daß die EU-Kommission in Form von „Empfehlungen für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft“ (vom 30.3.99) den einzelnen Ländern inzwischen detaillierte Vorschriften für ihre Haushaltspolitik macht. Für Deutschland wird dort die Senkung der sozialen Absicherung für Niedrigverdiener empfohlen, damit solche Arbeitsplätze billiger werden. Entsprechend soll „das Sozialversicherungs- und Sozialtransfersystem überprüft“ werden. Die europäische Koordination der Märsche hat auch eine Erklärung gegen den Krieg der NATO im Balkan verfaßt. Aus gegebenem Anlaß wird das Motto der Märsche zum 29. Mai verändert in „Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Ausgrenzung, Rassismus und Krieg“. Am Tag des Zusammentreffens der Märsche zu einer Großdemonstration am 29. Mai in Köln beginnt der Gegengipfel und ein „Europäisches Parlament der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten“. Die Sitzungen des Gegenparlaments werden den ganzen EU-Gipfel hindurch stattfinden. U.a. soll dort eine „Europäische Charta“ ausgearbeitet werden. *PE Euromarschbüro Köln*

Lokale Agenda wird abgewürgt

Die ganze Richtung paßte ihnen schon lange nicht mehr. Die von der Lokalen Agenda aufgestellten Leitbilder bzw. Visionen waren deutlich im Widerspruch zur Mehrheitsmeinung im Gemeinderat. Die FDPler schrieben z.B., die Lokale Agenda sei von den Stuttgarter 21-Gegnern unterwandert. OB Schuster, Umweltbürgermeister Beck („Stuttgart 21 ist nachhaltig“), die Verwaltung und viele Gemeinderäte sahen Handlungsbedarf.

Als erstes beschloß der Stuttgarter Gemeinderat vor einigen Monaten, nichts zu beschließen, was zur Folge hatte, daß die Finanzierung des Agenda-Prozesses in Frage gestellt wurde. Bürgermeister Beck machte zudem deutlich, daß es ohne gemeinderatskompatible Leitbilder seitens der Agenda kein Geld mehr gäbe. Aber andererseits ist es derzeit schick und in, „in Lokale Agenda zu machen“. Schließlich will alles und jeder, von Daimler bis zur Bahn AG, nachhaltig sein. Also brauchte man einfach eine andere Lokale Agenda, einen anderen Koordinator und andere Beteiligte.

Und so gingen OB Schuster und seine Verwaltung frisch ans Werk und schrieben nun ihre Vorstellungen über einen künftigen Agend-Prozess in eine Gemeinderatsvorlage: Die Geschäftsführung der Lokalen Agenda wird der VHS Stuttgart weggenommen und soll der Carl-Duisberg-Gesellschaft übertragen werden (der Name Carl Duisberg steht u.a. für die „I.G. Farben“), weil diese die besseren Beziehungen zu den wichtigsten Akteuren, nämlich der Wirtschaft habe. Es gibt dann auch wieder Geld, nämlich 500000 DM für die Jahre 1999 und 2000.

Die bisher bestehenden und arbeitenden Fachkonferenzen werden zwar nicht aufgelöst, erhalten aber kein Geld und keine Räume. Künftig bestimmt der Gemeinderat, was inhaltlich und politisch gemacht wird, denn er entscheidet auch über die finanziellen Mittel, oder wie der Volksmund sagt: „Wer zahlt, schießt an“.

Diese neue Lokale Agenda bietet an, bei vorhandenen Projekten der Verwaltung, die jetzt plötzlich Agenda-Projekte geworden sind, mitzuarbeiten. Zum Beispiel bei der geplanten Bauausstellung, Job Connections oder bei der „Fortführung des Berichts Wohnen in der Großstadt“. So ist alles unter Kontrolle der Verwaltung. Und überall in den 23 Stadtbezirken soll es künftig eine kleine Lokale Agenda geben, was zwar im Prinzip richtig ist, hier aber dazu dienen soll, die jetzigen Agenda-Strukturen zu sprengen: Teile und herrsche.

Es wird spannend. Bei Redaktions-schluß war erkennbar, daß die bisherige Steuergruppe der Lokalen Agenda diese neue Bürgerverarschungsbeteiligung strikt ablehnt. *Sto*

AStA will sich verstärkt um Politik kümmern

In der Nacht vom 26. zum 27. April fand an der Universität Gesamthochschule Essen die konstituierende Sitzung des neuen AStA statt. Der AStA ist das höchste Vertretungsorgan der Studierenden und wird im allgemeinen jährlich vom Studierendenparlament (Stupa) gewählt. Vorausgegangen waren fast drei Monate Koalitionsverhandlungen. Wäre der AStA auf dieser Sitzung nicht gewählt worden, hätte dies automatisch

Neuwahlen des Stupas zur Folge gehabt. Wie in der vorausgegangenen Legislaturperiode sind wieder die Grüne Hochschulgruppe, der Demokratische Studierendenbund (DSB) und die unabhängige Liste am AStA beteiligt. Statt Jusos und Lehramtsliste sind diesmal die Listen PDS & Linke Liste sowie die Innovativen Studierenden Essens (ISE) Bestandteil der Koalition. Diese hat sich als eines ihrer Ziele die Stärkung des allgemeinpolitischen Mandats auf ihre Fahnen geschrieben. Dem Stupa wurde von der Koalition ein ausführlicher Koalitionsvertrag vorgelegt, in dem die Ziele und Aufgabenschwerpunkte des neuen AStA festgeschrieben sind.

So möchte der neue AStA zum einen mit vermehrten politischen Veranstaltungen dazu beitragen, daß die politische Diskussion unter den Studierenden wieder verstärkt stattfindet. Der AStA möchte sich in seiner Tätigkeit auch nicht nur auf die Vertretung studentischer Interessen im engeren Sinne eingeeengt sehen, sondern sieht die Studierendenschaft als einen Bestandteil der Gesellschaft und die Universität als einen Teil der Stadt Essen. Aus diesem Grund will er sich auch in die Diskussion um die Neugestaltung des Berliner Platzes und des Uni-Umfeldes einmischen. Hier fühlt sich neben dem neuen AStA-Vorsitzenden Dirk Solbach besonders die neue Re-

ferentin für Ökologie, Frederike Ettwig, zuständig.

Ein Schwerpunkt der hochschulpolitischen Arbeit der Referenten für Hochschulpolitik (Jürgen Heckmann) und Bildungspolitik (Niels-Holger Schmidt) sowie des Sozialpolitikreferenten (Christoph Ferdinand) wird der politische Kampf für eine soziale Grundsicherung aller Menschen sein, die in Deutschland leben.

Wer ist die PDS & Linke Liste?

Die PDS & Linke Liste ist im Dezember 1997 aus der „Linken Liste“ und der PDS-Hochschulgruppe entstanden. Wir sind ein bunter Haufen, in dessen Reihen sich ebenso parteilose Linke wie PDSler/innen oder auch Juso-Exilanten und grün-alternative Kommiliton/innen befinden. Wir sind eine Bündnisliste linker und radikaldemokratischer Studierender. Trotz verschiedener Auffassungen in einigen Bereichen teilen wir eine sozialistisch-antikapitalistische Ausrichtung. Seit der letzten Wahl sind wir mit drei Sitzen im StuPa vertreten. Ein Schwerpunkt liegt bei uns auf der Durchführung von Diskussionsveranstaltungen zu „linken“ Themen. Starten wollen wir im Sommersemester mit einer Veranstaltung über den Konzern, der womöglich Namenspatron unserer Hochschule werden soll: Krupp. 40 Jahre Kuba, 20 Jahre Nicaragua, damit wollen wir uns Anfang Juni befassen. Am 22. Juni ist dann G-Day: Gregor Gysi macht Station im KKC. Außerdem basteln wir gemeinsam mit dem Uninachwuchs der Regierungsparteien an einer Crossover-Veranstaltung zur Europawahl.

An der Hochschule selbst möchte der AStA kostenlose Sprachkurse für ausländische Studierende einrichten. Dies zu tun versprochen bereits die beiden vorausgegangenen ASten. Ein weiterer sehr wichtiger Schwerpunkt des AStA wird die Schaffung einer Kindertagesstätte (KiTa) an der Uni sein. Dieses Projekt ist bereits schon vom vorherigen AStA vorbereitet worden. Die KiTa kann aber nur in Zusammenarbeit mit Institutionen außerhalb der Universität (Jugendamt, Stadt, Wohlfahrtsverbände etc.) geschaffen werden. Nicht nur aus diesen Grund möchte der neue AStA seine Kontakte nach außen intensivieren. Ziel des AStAs ist es auch die Universität stärker in die Stadt und das politische Leben in ihr zu integrieren.

Besonders das Referat für Minderheiten/Antirepression (Fikret Günnes und Susan) möchte mit antirassistischen, antisexistischen und antifaschistischen Organisationen der Stadt Essen gemeinsam auftreten. Bereits bei seinem Einsatz für die doppelte Staatsbürgerschaft in den letzten Monaten arbeitete dieses Referat mit Initiativen auf Essener Stadtebene wie dem Antirassismus-Telefon zusammen. Diese Kontakte sollen weiter intensiviert werden. Längerfristiges Ziel ist es hierbei, auch die Universität als Teil dieser Stadt stärker als bisher in ihre politische Kultur einzubinden. *uls*



Hamburg – An der 1.-Mai-Demonstration in Hamburg beteiligten sich mit ca. 8 000 eher weniger als in den vergangenen Jahren. Schon die Vorbereitung der Demonstration in den Gewerkschaften stand, wie dann die Demonstration selbst, ganz im Zeichen der Anti-Kriegs-Proteste. Mehrere Einzelgewerkschaften faßten eindeutige Beschlüsse gegen den Angriffskrieg, der Hamburger DGB verabschiedete mehrere Beschlüsse und rückte mit jedem Beschluß weiter von der Politik der Regierung bzw. der DGB-Erklärung ab. Aufgrund heftiger Proteste verzichtete er auch darauf, als Fronttransparent die offizielle Losung "Neues Handeln für unser Land" zu tragen.

Elmshorn – ...und kein Mensch redet mehr von der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Diese Forderung ist offensichtlich im Nato-Bombenhagel und dem Donner der Nato-Angriffsbomber vollkommen untergegangen“ donnerte Uwe Zabel (IG Metall) auf der 1.Mai-Kundgebung ins Mikrofon und der in der ersten Reihe stehenden Politprominenz von Rot-Grün direkt ins Ohr. Es war der Höhepunkt einer kämpferischen Rede, wie sie schon seit Jahren nicht mehr auf einer Kundgebung des DGB im Kreis Pinneberg gehalten wurde. Zabel kritisierte aufs schärfste die Bundesregierung für ihre Teilnahme an dieser völkerrechts- und verfassungswidrigen Aggression. Er richtete deutliche Worte an die „eigenen Reihen“ wegen deren Unterstützung für diese „falsche Intervention“. Man könne nicht Unrecht mit noch größerem Unrecht beseitigen.

Essen – 2500 Leute beteiligten sich nach Angaben des DGB in diesem Jahr an der Demonstration und Kundgebung, eher mehr als im letzten Jahr. Und obwohl Forderungen mit sozialen Losungen eine große Rolle im Demonstrationzug spielten: Die NATO-Bombardierungen gegen Jugoslawien überschatteten die Demonstration und auch die Kundgebung. Der DGB-Kreisvorsitzende Eckart Löser erteilte ein gellendes Pfeifkonzert, als er die Position des DGB-Bundesvorstandes zu den NATO-Bombardierungen zitierte. Beifall erhielt er, als er die auch vom DGB-Kreisvorstand getragene Forderung nach einem Stopp der NATO-Bombardierungen begründete. wof



stand der kurdischen Gemeinde stattgefunden. Gegenstand der Gespräche waren konkrete Verabredungen für den 1. Mai, um die Gefahr von Polizeimaßnahmen zu minimieren. Die IG Metall hat sich nach dem 1. Mai beim Vorstand der Kurdischen Gemeinde bedankt und bekräftigt, daß sie die Zusammenarbeit fortzusetzen gedenkt. brr, Bild J. Henschel

Hannover

Nach Angaben der Veranstalter haben ca. 20 000 teilgenommen. Außer im Block der IG Metall gab es nur wenig inhaltliche Transparente, nur im IGM-Block wurden Forderungen gegen den Krieg erhoben. Für die Beiträge, die sich gegen den Krieg gerichtet haben gab es breiten Beifall, Aussagen zur Arbeits- und Sozialpolitik erhielten nur abgeschwächten Beifall, dies lag sicherlich u.a. auch daran, wie es der NGG-Vorsitzende in seiner Rede ausführte, daß eine Änderung der Politik durch den Regierungswechsel bisher nur in wenigen Ansätzen zum Tragen gekommen ist. bee



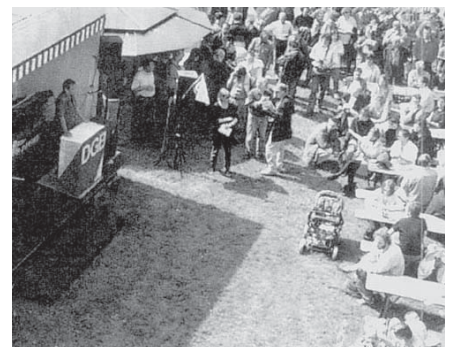
Kundgebungsort am Alter Markt. Viele Rote Fahnen zierte den Zug, viele ausländische Genossinnen und Genossen nahmen teil. Viele DemonstrantInnen zeigten mit Hilfe von ausgewählten Sandwichtransparenten, daß sie nicht mit dem Krieg der Nato einverstanden sind. Hauptrednerin Engelen Kefer stellt zunächst fest, daß es keinen gerechten Krieg gibt, bekommt allerdings schnell eine Drehung um 180° hin und rechtfertigt die Bomben auf Jugoslawien. MW

Berlin – Am Demonstrationszug der IG Metall in Berlin beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder tausende der kurdischen Bevölkerungsgruppe in Berlin. Auf Einladung der IG Metall-Ortsverwaltung hatte Anfang April ein Gespräch mit dem Vorstand der kurdischen Gemeinde stattgefunden. Gegenstand der Gespräche waren konkrete Verabredungen für den 1. Mai, um die Gefahr von Polizeimaßnahmen zu minimieren. Die IG Metall hat sich nach dem 1. Mai beim Vorstand der Kurdischen Gemeinde bedankt und bekräftigt, daß sie die Zusammenarbeit fortzusetzen gedenkt. brr, Bild J. Henschel



Stuttgart – Wie schon in den Vorjahren fanden am 1. Mai verschiedene Demonstrationen statt. Beim DGB (Motto: „Neues Handeln für unser Land“) beteiligten sich nach seinen Angaben ca. 3000. Bei der zweiten Demonstration, zu der eine Aktionseinheit von kurdischen und türkischen Organisationen aufgerufen hatten, waren es eher mehr. – Es hatten der Immigranten Arbeiter Kulturverein, der Demokratische Kulturverein, der Mezopotamische Kulturverein, der Internationale Kulturverein – alle Stuttgart – sowie das Kurdische Zentrum Göppingen aufgerufen. Zur zahlreichen Teilnahme mag mit beigetragen haben, daß der Wahlausgang in der Türkei und der Krieg gegen Jugoslawien viele der Teilnehmer beunruhigt. alk

Freiburg – Mai in Freiburg – 500 Menschen sollen es auf dem Stühlinger Kirchplatz gewesen sein. Die CDU hatte auch ihren Stand, gar nicht mal so klein, dafür aber in Front zur DKP. Sowas nennt man bundesrepublikanischen Einheitsbrei. Man kam sich eher vor wie auf einem Weihnachtsmarkt. Man merkte es, es fehlten die KollegInnen aus dem Umland, die ihre eigene Kundgebung in Waldkirch machten. hav



Waldkirch – Ein großer Erfolg ! Nach 10 Jahren fand wieder eine 1.Mai-Veranstaltung in Waldkirch statt – doch diesmal hatte nicht der DGB-Kreisvorstand beschlossen, einmal nicht in Freiburg zu „feiern“. Diese Veranstaltung war eine dezentrale. Getragen wurde sie von einer Reihe von Gruppen und Organisationen unter Federführung des DGB-Ortskartells – entsprechend breit und vielfältig war das Angebot an Informationen. Gleichzeitig war das aber der erste 1. Mai, an dem Krieg geführt wird unter Beteiligung dieses Landes. huf

Mannheim – Die 1. Mai-Feier des DGB Mannheim war geprägt von Ständen und Transparenten gegen den Krieg. Die offiziellen Reden entsprachen allerdings dem Gegenteil. Als der Hauptredner Jürgen Walter, Mitglied des Hauptvorstandes der IG BCE, von der „schmerzlichen Erkenntnis“ fabulierte, wenn Verhandlungen nicht mehr weiter führten, „gibt es zu einem Einsatz von Streitkräften allerdings keine Alternative“, gab es vor allem Buh-Rufe und Pfiffe. Dem Anliegen des Mannheimer Friedensplenums, aus aktuellem Anlaß einen eigenen Redner zu stellen, wurde nicht entsprochen. Ein entsprechendes Schreiben ließ der Kreisvorsitzende Nagel unbeantwortet. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich über 2000 an der DGB-Kundgebung. An der vorausgegangenen Demonstration beteiligten sich etwa 500 Menschen. *scr*



Ludwigshafen – Kriegsminister Scharping spricht auf Einladung des DGB-Kreisverbandes. Die Veranstaltung wurde aus „Sicherheitsgründen“ vom Ebertpark in die Eberthalle verlegt. Vor knapp 2000 Zuschauern, u.a. mobilisiert durch Briefe des SPD-Kreisverbandes, hatte der Kriegsminister mit seiner sattnam bekannten stoischen und penetranten Art ganz klar ein Heimspiel. Unüberhörbar waren trotzdem die ca. 200 Menschen, die mit Transparenten, Rufen und Trillerpfeifen gegen diese Kriegsrede protestierten. Sechs Menschen, die u.a. mit T-Shirts mit der Aufschrift „Scharping – Mörder“ protestierten, wurden von der Polizei gewaltsam festgenommen. *scr*

Schweinfurt – Die Stadthalle war leider nur zu knapp drei Vierteln gefüllt, die Stimmung eher gedückt, auch die Informationsbestände wurden in diesem Jahr wenig beachtet. Der Hauptredner Bertin Eichler, Hauptkassier der IG Metall zeigte Verständnis für gewerkschaftlichen Protest gegen den Krieg, warnte aber davor, die Regierung zu verteufeln ... *jüw*



Augsburg – Eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre in Augsburg fand an diesem 1. Mai statt. Da sie von vielen Forderungen gegen den NATO-Angriffskrieg geprägt war und auch in den vergangenen Tagen der Druck aus der DGB-Mitgliedschaft immer größer wurde, verurteilten der DGB-Kreisvorsitzende Helmut Jung und der Hauptredner Rolf Steinmann von der IG Bau den Krieg. In den Gewerkschaften gibt es noch weitergehende Kritiken an der Nato-Politik und der Rolle Deutschlands. Die Friedensinitiative informierte darüber an einem Info-Stand auf dem Kundgebungsplatz. *Bild: Freiheit brauchen alle Völker! Ausländische Gruppen wiesen auf die Lage in ihren Ländern hin. Politik statt Bomben!* *baf*

München – Der Krieg gegen und in Jugoslawien, der Protest gegen den NATO-Angriff und die Beteiligung von Bundesregierung und Bundeswehr daran, dominierte eindeutig die Demonstration der Gewerkschaften vom Arbeitsamt zum Marienplatz. Und die war mit Sicherheit nicht kleiner, eher größer als letztes Jahr. Im Vergleich zu denen, die gleich direkt zur Kundgebung der „Offiziellen“ am Marienplatz kommen, hatten dieses Jahr jedenfalls mehr Kollegen das Bedürfnis, sich an der Demonstration zu beteiligen, die meist pointierter die Forderungen und politischen Zielsetzung von Gewerkschaftsaktivisten „an der Basis“ widerspiegelt. Und da traten die sozialen und gewerkschaftspolitischen Forderungen dieses Jahr klar in den Hintergrund gegenüber den Losungen, die den Angriffskrieg der NATO und die verfassungswidrige Beteiligung der Bundeswehr daran anprangerten und seine sofortige Beendigung forderten. *mb*



Neue ‚Montagsdemos‘ in Leipzig. Gleich mit drei „Montagsdemos“ knüpfen Leipziger Kriegsgegner in diesen Tagen in ihren Protesten wieder an die Tradition der „Montagsdemos“ aus der Wendezeit an – diesmal gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Mit einem Friedensgebet, einer PDS-Kundgebung an der Moritzbastei und einer Marsch von Leipziger Friedensinitiativen, darunter viele Studentinnen und Studenten, protestieren sie allmorgendlich gegen die NATO-Bomben. Auf der PDS-Kundgebung (Bild) sprachen Gregor Gysi, Prof. Dr. Kalbe, Heidi Lüth (PDS-MdB) und der Ex-Grünen-Mitbegründer Roland Steckel sowie Dr. Maxi Warthelsteiner als Teilnehmerin des von den „Müttern gegen den Krieg“ initiierten kürzlichen Friedenskonvois nach Belgrad. *(rül, Bild: Märker, aus: Leipzigs Neue Nr. 9/99)*



PDS Thüringen für Abschiebestopp

Einen Abschiebestopp für Flüchtlinge in die Türkei hat die PDS-Fraktion im Thüringer Landtag Ende April im Landtag gefordert. „Die Aggressionen des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung gehen unvermindert weiter“, heißt es in dem Antrag. Aus diesem Grunde soll die Landesregierung durch einen Beschluß des Thüringer Landtags aufgefordert werden, „auf der Grundlage des § 54 Ausländergesetz einen für Thüringen gültigen sofortigen Abschiebestopp für Flüchtlinge in die Türkei zu erlassen“ und „im Rahmen ihrer Bundesratspolitik dahingehend zu wirken, daß ein bundesweit einheitlicher, sofortiger, bedingungsloser und unbefristeter Abschiebestopp für Flüchtlinge in die Türkei durch die Bundesregierung zu erlassen.“ Würde die Thüringer SPD-Fraktion, die zur Zeit gemeinsam mit der CDU die Regierung stellt, dem PDS-Antrag zustimmen, so hätte der Antrag eine Mehrheit im Landtag. *(rül, aus: UNZ 8/99)*

Auskunft über rechtsradikale Zeitschrift verlangt

Auskünfte über die seit dem vergangenen Jahr vom Dresdner Verlag „Zeitenwende“ herausgegebene Zeitschrift „hagal – Die Allumfassende“ hat der Thüringer PDS-Landtagsabgeordnete Steffen Dittes von der Landesregierung gefordert.

In einer Kleinen Anfrage fordert er von der Landesregierung eine Bewertung der

→ Publikation und will zugleich wissen, ob dem Innenministerium „Hinweise über die Zusammenarbeit der Thüringer Lokalredaktion bzw. des Verlags Zeitenwende mit anderen rechtsextremistischen Gruppen, Musikgruppen, Organisationen, Parteien oder Verlagen“ vorliegen. Nach Informationen von Dittes gehören zur Autorenschaft der Zeitung bekannte Personen aus dem rechtsextremen Spektrum, z.B. ein Mitglied der „Deutschen Gildenschaft“, ein früherer NSDAP-Funktionär und langjähriger Präsident des ultrarechten „Weltbundes zum Schutz des Lebens“. Der Verlag habe, so Dittes, zusammen mit rechten Organisationen Seminare über frühere SS-Hauptsturmführer und die von Himmler initiierte Gesellschaft „deutsches Ahnenerbe“ durchgeführt, der Verlag vertreibt u.a. Werke der französischen Neuen Rechten. „Die veröffentlichten Artikel erweisen sich als eine diffuse Mischung aus germanischem Mystizismus, Neuheidentum, urchristlichen Ideen, Bioregionalismus, Brauchtum und völkisch biologischen Konzepten des bedeutenden germanischen Geistes“, schreibt Dittes.

(rül, aus UNZ 8-99)

Kontrollstaat Leipzig

Mit den Stimmen der sächsischen Regierungspartei CDU beschloß der Landtag Ende April ein verschärftes Polizeigesetz. Danach sind jetzt auch verdachtsunabhängige Totalkontrollen auf beliebigen Straßen, auf Bahnhöfen, in Autobussen, an Haltestellen, in Taxis, in Restaurants usw. möglich, was außerhalb jeder Verhältnismäßigkeit liegt. Auch mit der Ausdehnung der Videoüberwachung zum de facto flächendeckenden Spähangriff hat die CDU den Verfassungsrahmen überschritten. Die PDS-Fraktion erwägt deshalb eine erneute Verfassungsklage gegen das sächsische Polizeigesetz. Sie forderte die SPD auf, sofort gemeinsam zu handeln und nicht bis zu den Landtagswahlen zu warten, damit dieses Gesetz nicht ein halbes Jahr und länger gültig ist.

(aus:Leipzigs Neue 9/99)

Klage wegen Sparkassenverbund

Die PDS-Landtagsfraktion in Sachsen will die beschlossene Verbundlösung im Sparkassenbereich vom Verfassungsgericht überprüfen lassen. Sie bezweifelt ihre Vereinbarkeit mit der kommunalen Selbstverwaltung. Die SPD wird nach einem Gutachten entscheiden, ob sie zu einer gemeinsamen Klage bereit ist. Im Vorfeld der Landtagsentscheidung hatten Kommunen und Gewerkschaften gegen die von CDU-Ministerpräsident Biedenkopf betriebene Verbundlösung der sächsischen Sparkassen wiederholt vehement protestiert.

(aus:Leipzigs Neue 9/99)

ENTWICKLUNGSARBEIT

Köln. Für die Förderung kommunaler Projekte zur Entwicklungsarbeit wird es auch in diesem Jahr aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz in NRW Geld geben. Für kommunale Initiativen im Bereich „Eine-Welt-Politik“ sind 0,50 DM pro Einwohner/in vorgesehen. Die Stadt Köln erhält z.B. 482.155,50 DM. Mit dieser Förderung, die wie im letzten Jahr landesweit insgesamt rund 9 Millionen DM ausmacht, sollen lokale Eine-Welt-Projekte gefördert werden. „Dabei sind insbesondere auch Projekte, die sich für die Umsetzung der kommunalen Agenda 21 einsetzen, förderungswürdig“, so Ewald Groth, kommunalpol. Sprecher der bündnisgrünen Landtagsfraktion.

UNTERNEHMENSBERATER SAHNT AB

Frankfurt/Main. 20 Millionen, so munkelt die FAZ, wird der Unternehmensberater Roland Berger am Schluß für die Beratung bei der „Reform der Stadtverwaltung“ eingesteckt haben. Nach der Einführung der Budgetierung für die Dezernate, der „Kosten-Leistungs-Rechnung“ sowie der „Produktkataloge“ kommt als nächstes der Aufbau eines „Qualitätsmanagements“ und dann natürlich das „Controlling“. „Zieldimension“ sei der „Bürger“, doch es besteht der begründete Verdacht, eigentliches Ziel ist der Verkauf bisher kostenloser Leistungen.

NEIN ZU FACTORY-OUTLET-CENTER

Ingolstadt. Erstmals ist in Bayern ein geplantes Factory-Outlet-Center (FOC) per Gericht gestoppt worden. Am 4. Mai erklärte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof den Bebauungsplan für ein über 10.000 Quadratmeter großes Projekt in Ingolstadt für nichtig. Vier Nachbargemeinden hatten gegen den Plan geklagt, da sie ihren Einzelhandel bedroht sahen. In der Urteilsbegründung heißt es, die Stadt Ingolstadt habe die möglichen Auswirkungen des FOC mit mehr als einer Million erwarteten Besuchern auf die Nachbargemeinden nicht ausreichend geprüft. Dies verstoße gegen das Gebot der „interkommunalen Abstimmung“. Gegen die Entscheidung ist keine Revision möglich. Wirtschaftsminister Wiesheu (CSU) begrüßte das Urteil. Die Stadt Ingolstadt will alle Mittel gegen dieses Urteil ausschöpfen.

ANGRIFF AUF DROGENHILFE

Ham-burg. Nach Mitteilung der Initiative „Mehr Demokratie“ sind drei Bürgerbegehren gegen Drogenhilfeeinrichtungen mangels Unterstützung gescheitert. Bei der Unterschriftensammlung gegen eine Drogenhilfestelle in Billstedt/Horn kamen 2000 statt der benötigten 4688 Unterschriften zusammen, die Initiative in Lockstedt gegen eine Einrichtung mit Übernachtungsmöglichkeiten für dro-

genabhängige Obdachlose hat sich schon im Vorfeld zurückgezogen, und in Hoheluft hat die Sammlung gegen einen Fixerraum statt den notwendigen 5585 zwar 6411 Unterschriften erbracht, lt. „Mehr Demokratie“ seien aber von den gesammelten Unterschriften erfahrungsgemäß 30% ungültig.

GEWERBESTEUER ERHALTEN

Saarbrücken. Die etwa 50 Millionen Mark im Jahr, die die Gewerbesteuer den Kommunen erbringt, müssen als wichtige Säule der Gemeindefinanzen erhalten bleiben! Diese Forderung bekräftigte die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags Anfang Mai. Bundesinnenminister Schily sicherte den rund 900 Delegierten zu, daß das Recht der Kommunen zur Erhebung der Gewerbesteuer bei der vorgesehenen Unternehmenssteuerreform nicht angetastet werde.

STADT VERZICHTET AUF GEN-SAAT

München. Mit einer bundesweiten Aktion wollen Umweltschützer den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen auf kommunalen und kirchlichen Flächen verhindern. Als erste Großstadt ist München dem Aufruf des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und des Bundes Naturschutz (BN) in Bayern gefolgt und hat sich verpflichtet, kein genmanipuliertes Saatgut auf den städtischen Gütern auszubringen. Einen entsprechenden Passus will sie auch in neuen Pachtverträgen verankern. Zudem sollen die Landwirte über die Risiken der Gentechnik in der Produktion und die Vorzüge des ökologischen Landbaus informiert werden. Nach Informationen des Verbandes solle in dieser Vegetationsperiode gentechnisch verändertes Saatgut „erstmalig in größerem Umfang“ ausgebracht werden. Voraussichtlich mehr als 1000 Hektar würden mit genmanipuliertem Mais bestellt, mehrere hundert Hektar mit rekombiniertem Raps.

GENERELLES VERBOT FÜR KURDEN

Mannheim. Nicht nur die Newroz-Veranstaltung am 20. März, auch die für den 28. April angemeldete kurdische Frauen-Demo verbot die Stadt. Anscheinend ist sie dazu übergegangen, zukünftig jegliche öffentliche kurdische Veranstaltung zu verbieten. Sie argumentiert mit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs, nach der kurdische Veranstaltungen schon dann verboten werden können, wenn nicht auszuschließen ist, daß sie durch das Zeigen von Emblemen der PKK oder Bildern von Öcalan gegen das PKK-Verbot verstoßen, also Straftaten begangen werden. Die Stadt behauptet nun, bei kurdischen Veranstaltungen könne so etwas nie ausgeschlossen werden und verhängt so faktisch ein generelles Versammlungsverbot.

Zusammenstellung: baf

„Wer in Sachen Ladenschluß Sturm sät, wird den Orkan des Protestes spüren !“

Berlin, den 26.4.1999 – Wir wehren uns gegen unverantwortliche, profilierungssüchtige Provinz-Fürsten, die als Mittel gegen ihr soziales Versagen, immer nur die Gefälligkeit der Deregulierung des Ladenschlussgesetzes setzen.

Ladenöffnungszeiten regeln auch die Arbeitszeiten. Diese wiederum finden ihren sozial- gesundheits- kultur- und familienpolitischen Niederschlag unter anderem in Tarifverträgen. Ladenschluß bedeutet, auch Schluß und Feierabend im wörtlichen Sinne. Der Schutzcharakter des Ladenschlußgesetzes würde durch die Ausweitung der Öffnungszeiten von Montag bis Samstag rund um die Uhr gegen Null gefahren. Die individuell plan- und lebbare Gestaltungsmöglichkeiten, in Bezug auf Familie etc. würde die Beschäftigten im Einzelhandel quasi auf dem Gesetzeswege massiv einschränken.

Dadurch, daß dem Gesetz der Schutzcharakter weitgehend entzogen würde, hätten Betriebsräte, nur noch eingeschränkte Möglichkeiten die sozial-, gesundheits-, kultur- und familienpolitischen Aspekte der Beschäftigten, durch entsprechende Arbeitszeitregelungen zu berücksichtigen.

Heute ist gem. Gesetz und Tarifvertrag der Laden in der Woche um 20 Uhr zu schließen. Durch nachgeordnete Arbeiten, insbesondere in Filialbetrieben, verlassen Beschäftigte i.d.R. die Arbeitsstätte gegen 21 Uhr. Addiert man die Fahrzeiten durch die Großstadt nach Hause hinzu, erreichen die Beschäftigten den heimischen Hof gegen 22 Uhr (man ist versucht, mit Erbkönig zu sagen: „und fallen um und sind tot“). Bezogen auf die angestrebte Ladenschlußzeit 22 Uhr könnte dies bedeuten: *Beschäftigte verlassen ihre Wohnung, um einen normalen Arbeitstag zu verbringen und kommen erst am anderen Tage nach Hause.*

1996: Basierend auf einem Gutachten des Münchner IFO-Institutes wird das Ladenschlussgesetz verändert. Das Gutachten damals kam übrigens zu den Ergebnissen: 79% der Kunden sind mit den

bestehenden Öffnungszeiten zufrieden. Etwa die gleiche Prozentzahl der Einzelhändler will die Läden nicht länger als 20 Uhr offen halten. Aber: Konsequenter Weise empfiehlt das IFO-Institut damals die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten bis 22 Uhr. Begründet wird diese „wissenschaftliche“ Schlußfolgerung mit der Annahme gigantischer Umsatzzuwächse und rapide ansteigender Beschäftigtenzahlen.

Eine Überprüfung der (erhofften) Ergebnisse wird bis Ende '99 zugesichert. Durch in 1996 hart erkämpfte Tarifverträge werden die Beschäftigten gegen Überbelastungen geschützt. Gegen das drohende Auseinanderbrechen des familiären-, kulturellen- und sozialen Lebens, schützen die betroffenen Familien die tariflichen Ausnahmeregelungen.

Eine durch HBV in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchung kam bereits im Oktober 1998 zu folgendem Ergebnis:

Behauptungen Realität heute
PLUS MINUS
50 000 Beschäftigte 30 000 je Jahr
PLUS MINUS
20 Milliarden Umsatz 2% je Jahr

Die für Ende 1999 angekündigte IFO-Studie liegt als Teilergebnis schon jetzt vor. Diese kommt zu der Erkenntnis: 85% der Kunden sind mit den bestehenden Öffnungszeiten bis 20 Uhr zufrieden. 58% der Händler wollen weiterhin um 20 Uhr zu machen und nur 30% der Händler sind für eine vollständige „Liberalisierung“ der Öffnungszeiten.

Was hat sich also in den letzten 3 Jahren geändert? 6% mehr Kunden als in '96 sind mit den bestehenden Ladenöffnungszeiten zufrieden. Die Umsatz- und Beschäftigungsmisere ist durch die fehlende Kaufkraft, die fehlende Nachfrage, und nicht in zu kurzen Öffnungszeiten begründet. Daß selbst Wirtschaftsminister Müller das so sieht, kommt in seiner kürzlich gemachten Aussage zum Gutachten zum Ausdruck: Es besteht „...keine Notwendigkeit das bestehende Gesetz zu verändern.“ Im Vorgriff auf die Studie

Kommentar

Der Wahlkampf in Berlin hat begonnen. Ein Thema darin wird die Auseinandersetzung um das Ladenschlußgesetz sein, anders gesagt, um die Arbeitsbedingungen von tausenden Beschäftigten im Einzelhandel. Gegen den Widerstand der eigenen Arbeitssenatorin stimmte die SPD einer Bundesratsinitiative zu mit dem Inhalt, werktägliche Ladenöffnungszeiten von 6-22 Uhr einzuführen. Die CDU wollte mit Ausnahme des Sonntags rund um die Uhr geöffnet haben, die FDP ist für die völlige Freigabe. Begleitet wird die CDU-SPD-FDP-Kampagne durch einzelne Händler in den Potsdamer-Platz-Arkaden, die in Vorwegnahme der Gesetzesänderung schon praktisch üben und sonntags ohne Genehmigung verkaufen. Die „öffentliche“, meint pressemäßig vorbereitete Stimmung für die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ist schon so einseitig, daß man den Eindruck gewinnt, das Aufsichtsamt traut sich nicht einmal mehr, seinen Pflichten nachzukommen. Nebstehend dokumentieren wir die Auffassung der HBV-Berlin. har

hatte Stefan Tromp, der Geschäftsführer eines Berliner Einzelhandelsverbandes, bereits im November '98 in den „Berliner Seiten“ geschrieben: „Von einem Druck der Verbraucher kann zur Zeit nicht gesprochen werden. Nur 15% befürworten eine Verlängerung der Öffnungszeiten an Werktagen über 20 Uhr und nur knapp 10% an Samstagen über 16Uhr hinaus“.

Fazit: Die Gewerkschaft HBV ist selbst in Teilbereichen, durch die Realität nicht korrigiert worden. Ihre gesellschaftspolitischen, arbeitsmarkt- bzw. beschäftigungspolitischen und einzelhandelspolitischen Argumente hatten Bestand. Die Prognosen des IFO und der Politiker in dieser Sache waren und sind realitätsfern. Die HBV hatte und hat die besseren Argumente. Ergebnisse, Umfragen und Studien geben uns Recht. Verbraucher, die Mehrheit der Händler, die Beschäftigten und der Tarifvertragspartner HBV sind mit den bestehenden Ladenschlüssen zufrieden. Kompetente Wirtschaftsfachleute sehen keinen Handlungsbedarf für neuerliche Veränderungen. Über was also reden die Hübner, Brannoner, Momper und Strieder eigentlich? Oder anders gefragt, was ist bloß im Rathaus los? Warum nehmen die Verantwortlichen im Berliner Senat Fakten nicht zur Kenntnis?

Manfred Birkhahn, Landesbezirksvorsitzender
FON.: 030-278773-0 FAX.: 030-278671-0

HBV Berlin (4.5.1999) – Die Erwartungen und Forderungen der Gewerkschaft HBV bezüglich Ladenschluss liegen auf dem Tisch:

Erhalt des bestehenden Ladenschlussgesetzes; Abstellen des Mißbrauchs der Ausnahmeregelungen für Sonn- und Feiertagsöffnungen.
Dieser platte Wahlkampfschlager der Berli-

ner Koalition fordert den geballten Protest der Beschäftigten im Einzelhandel heraus. Die Gewerkschaft HBV wird ihn organisieren. Wenn Politiker die Backen zu voll nehmen um den Beschäftigten, ihren Familien und der Gewerkschaft HBV den Sturm zu blasen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihnen, bei veränderter Wetterlage, orkanartig der Müll ihrer intellektuellen Enge in die Wahlurne gedrückt wird.

**Börsengeschäfte auch an
Feiertagen – HB, Dienstag,
27.4.99** – Die inländische
Wirtschaftsleistung wird
nach Schätzungen des Bundesverban-
des deutscher Banken 1999 nur um et-
wa 1,5 Prozent wachsen.

Damit bleibe das Inlandswachstum
deutlich hinter den europäischen
Wachstumsaussichten zurück ... Der
neue Finanzminister habe die Chance,
einen neuen finanzpolitischen Kurs zu
setzen. ... Die geplante einheitliche
Ertragsbesteuerung der Unternehmen
in Höhe von 35 Prozent wäre unter
Einschluß der Gewerbesteuer dagegen
„endlich ein Signal für inländische In-
vestoren“ ... Reformbedarf sieht der
Verband beim Arbeitszeitgesetz. We-
gen der Internationalisierung des Ge-
schäfts wollen die Banken auch an bis-
herigen Feiertagen in Deutschland
ihren europaweiten Zahlungsverkehr
wie auch Börsengeschäfte abwickeln
zu können.

**Sonderlast der Gewerbesteuer abbau-
en – HB, Freitag/Samstag, 30.4./1.5.99**
– Der Bundesverband der Deutschen
Industrie forderte die Bundesregie-
rung infolge des Bundesfinanzhof-Ur-
teils (die Spreizung der Höchststeuer-
sätze – für gewerbliche: 45 Prozent
und private: 53 Prozent – Einkünfte,
die jetzt 8 Prozentpunkte ausmacht,
verstoße gegen den Gleichheitsgrund-
satz der Verfassung) auf, nun ein steu-
erliches Gesamtkonzept vorzulegen.
Insbesondere müsse die Sonderlast
der Gewerbesteuer abgebaut werden.

**Anhebung des Mindestlohns in der
Baubranche** – Der Vizepräsident des
Zentralverbandes Deutsches Bauge-
werbe (ZDB), Peter Huber, hat die
deutliche Anhebung des Mindestlohns
in seiner Branche gegen die Kritik von
Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt
verteidigt.

Durch die Anhebung des Mindest-
lohns werde die Lohndifferenz zwi-
schen den aus dem Ausland entsende-
ten Arbeitern und den Kräften einhei-
mischer Unternehmer reduziert, er-
klärte Huber, Verhandlungsführer des
Baugewerbes.

Nach dem Abschluß für das westdeut-
sche Baugewerbe liege der Mindest-
lohn für entsendete Arbeitskräfte in
Westdeutschland bei 18,50 DM, der
Stundenlohn der niedrigsten Tarif-
gruppe für Einheimische bei 19,84 DM
– Der Präsident der Arbeitgeberver-
bände, Hundt, hatte die von den Tarif-
vertragsparteien vereinbarte Anhe-
bung des Mindestlohns von 16 DM auf
18,50 DM für „nicht akzeptabel“ er-
klärt.

Zusammenstellung: rst

Widia GmbH Essen

Protest gegen Entlassung befristet Beschäftigter

**Betriebsrat, IG Metall-Vertrauensleute und
Beschäftigte protestierten bei der letzten
Betriebsversammlung der Widia GmbH am
27.4.1999 heftig gegen Entlassungen, die
vom amerikanischen Milacron-Konzern an-
geordnet wurden.**

Dem Betriebsrat wurden 18 betriebsbe-
dingte Kündigungen vorgelegt, allesamt
von befristet Beschäftigten, deren Verträ-
ge noch bis Ende des Jahres oder bis An-
fang nächsten Jahrs liefen. Weitere 13 be-
fristete Arbeitsverträge sollen trotz an-
derer Zusagen nicht verlängert werden.
Gleichzeitig verordnete der Konzern ein
„Sparpaket“ von 12 Mio. DM und einen
Stopp bereits geplanter Investitionen.

Der Unmut über diese Maßnahmen ist
groß, auch die Betriebsleiter und die
deutsche Geschäftsführung halten sie
überwiegend für groben Unfug. Es geht
nicht etwa um den Abbau „roter Zahlen“. Vielmehr will der Konzern den Rekord-
gewinn der Widia GmbH von rund 19
Mio. DM im letzten Jahr auf 26 Mio. DM
in diesem Jahr steigern. Da Auftragsein-
gänge und Umsätze wie im ganzen Ma-
schinenbau seit Anfang des Jahres jedoch
rückläufig sind, reagiert die amerikani-

sche Chefetage panikartig. Sie hat im
letzten Jahr eine ganze Konzernsparte
verkauft und dafür andere Firmen auf-
gekauft. Daß dies richtig war, will und
muß sie den „Shareholdern“ des Kon-
zerns erst noch beweisen. In einer Reso-
lution der Belegschaftsversammlung
heißt es: „... Die Belegschaft ist über die-
se Entscheidungen empört. Daß auch von
den Entlassungen bisher ausschließlich
befristet Beschäftigte betroffen sind,
macht die Sache nicht besser. Schon die
seit Jahren gängige Widia-Praxis, Neu-
einstellungen zunächst nur auf Grundla-
ge befristeter Arbeitsverträge vorzuneh-
men, setzt die Betroffenen unmenschli-
chem Druck aus. In Zukunft können sich
die befristet beschäftigten Kolleginnen
und Kollegen noch nicht einmal auf die
Einhaltung ihrer Verträge verlassen ...
Wir begrüßen es, daß der Betriebsrat al-
len Kündigungen widersprochen hat. Wir
fordern die Verantwortlichen im Konzern
auf, die Entlassungen, die „Sparmaßnah-
men“ und den Investitionsstopp zurück-
zunehmen. Orientieren Sie sich nicht
ausschließlich an kurzfristigen Gewinn-
Zielen ...! Denken Sie an die Menschen,
die in der Widia GmbH arbeiten und oh-
ne die die Firma nicht existieren würde!“

Die IG Metall gewährt den Entlasse-
nen Rechtsschutz. Und ob die in der näch-
sten Woche angekündigte Werksbesichti-
gung einer hochkarätigen Delegation des
Konzernvorstandes so ruhig ausfällt, wie
erwartet, ist fraglich. *kw*

**München: ÖTV, GEW,
DAG gegen Billigtarife
und Arbeitsbedingun-
gen in Kirchen und
Wohlfahrtsverbänden**

Tarifverträge gefordert



Am 24. April begann die Protestaktion
der Beschäftigten bei Diakonie, Caritas,
Arbeiterwohlfahrt, dem Bayerischen Ro-
ten Kreuz, dem Arbeiter Samariter Bund,
den Johannitern, den Maltesern und dem
Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsver-
band auf dem Münchner Odeonsplatz. Es
waren sicher an die 1000 Kolleginnen
und Kollegen gekommen, um ihre Kritik
zum Ausdruck zu bringen. So wurde auf
einer Schrifttafel darauf aufmerksam ge-
macht, daß mit dem tariflosen Zustand
und der Benachteiligung für Mitarbeiter
in Kirche und Diakonie Schluß sein müs-
se. Andere brachten auf einem Transpa-
rent zum Ausdruck, daß Pflegeskandale
in Bayern in Kauf genommen werden, al-
so System seien, weil die Kostendämp-
fungsmaßnahmen eine Pflege mit den At-
tributen „sauber, satt und still“ provo-
zierten. Die Situation in vielen Bereichen
der Wohlfahrtspflege wird immer
schwieriger, weniger Geld für die Wohl-
fahrtsverbände, höhere Qualitätsanfor-
derungen und immer weniger Personal,

daß gleichzeitig weniger verdient oder
noch Gehalt abgeben soll. Der Druck der
Kostengeber, so Robert Jung, Geschäfts-
führer der Gewerkschaft Öffentliche
Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) -
Abteilung Kirchen in Bayern, werde
nahtlos von den Arbeitgebern an die Be-
schäftigten zu entwickeln. Vorreiter in
Bayern ist dabei die Diakonie, die seit
1998 bereits das Weihnachtsgeld für die
Pflegekräfte gekürzt hat (zwischen 150
DM und 1000 DM). Caritas und Diakonie
wollen für 1999 die Einkommenserhö-
hung von 3,1 % nicht übernehmen.
Gleichzeitig werden bei den verschiede-
nen Wohlfahrtsverbänden, so Jung, Vor-
stellungen entwickelt, durch neue Tarif-
modelle - die mit Worten wie zukunfts-
sicher, modern, leistungsorientiert ver-
brämt werden - die Einkommen für wei-
te Teile der Beschäftigten zu kürzen. Es
kann nicht angehen, so Gerhard Höhn
von der ÖTV-Tarifkommission Bayeri-
sches Rotes Kreuz (BRK), daß Altenpfle-
ger 70 Stunden die Woche ohne freien Tag
arbeiten, daß Personal an allen Ecken
und Ende fehlt und das Pflegepersonal
ständig moralisch mit dem Argument des
„Wohls der Patienten“ unter Druck ge-
setzt werden, Verstöße gegen Rechtsvor-
schriften und Tarifverträge hinzuneh-
men. *dil*



15000 Bankangestellte demonstrierten am Donnerstag, den 6. Mai, im Frankfurter Bankenviertel. HBV und DAG hatten zu den Protesten aufgerufen. Hauptpunkt: „Samstagsarbeit soll auf breiter Ebene kommen, und dies ohne Zuschläge und klare Regelungen.“ In verschiedenen Banken und Sparkassen Baden-Württembergs legten an diesem Tag wiederum mehrere hundert Beschäftigte die Arbeit in Warnstreiks nieder. Von Bankenseite ist bisher allerdings noch kein Nachgeben signalisiert.

Spontane Arbeitsniederlegung bei VW in Emden

Mit einer beispiellosen Solidaritätsaktion äußerten am Mittwoch, 28.4.99, sowohl die Früh- als auch die Spätschicht im Volkswagen-Werk Emden ihren Unmut über die Ankündigung der Werksleitung, die befristet Beschäftigten nicht mehr zu übernehmen. Ab 11.30 Uhr stand die komplette Produktion im VW-Werk, da alle Beschäftigten nach dieser Information spontan zum Verwaltungsgebäude marschierten und eine Stellungnahme von der Werksleitung abforderten.

Die Spätschicht hatte anschließend die Arbeit gar nicht erst aufgenommen und harrete bis in den Abend vor dem Verwaltungstrakt aus.

Besonders wütend machte die Kolleginnen und Kollegen, daß die Geschäftsleitung im gleichen Atemzuge Mehrarbeit beim Betriebsrat beantragt hatte, die dieser jedoch abgelehnt hat.

„Die Belegschaft lässt sich nicht spalten in unbefristete und befristet Beschäftigte“, so die Botschaft vom Betriebsratsvorsitzenden Alfred Wienekamp an die Kolleginnen und Kollegen.

Die Protestmaßnahmen gingen am Donnerstag weiter, die für den Freitag, 30.4.99, vorgesehene Mehrarbeit fand nicht statt.

Am 7. Mai konnte die IG Metall in Verhandlung mit Volkswagen eine Regelung für die Weiterbeschäftigung der rund 6000 befristet Beschäftigten erreichen. Die Vereinbarung sieht vor, daß die befristeten Arbeitsverträge von bisher 18 Monate auf maximal 24 Monate verlängert werden. Für die Emden Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeitsverträge bereits diese Woche ausgelaufen sind, trifft diese Regelung ebenfalls zu. Als Erfolg für die befristet Beschäftigten wertet Regina Allemann, 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Emden dieses Ergebnis. „Es ist uns gelungen, daß insbesondere die rund 550 befristeten Beschäftigten in Emden nun weiterbeschäftigt werden. Es kommt jetzt darauf an, alle Möglichkei-

ten zu prüfen, damit es gelingt, befristet Beschäftigte auch tatsächlich in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

Streik bei der Volksbank Pinneberg/Uetersen

Am 15. April blieben sieben Filialen der Volksbank Pinneberg-Uetersen aufgrund eines Streiks geschlossen. Rund 100 Beschäftigte folgten dem Streikaufruf der HBV – etwa „70 bis 80 Prozent der Belegschaft“, so HBV-Sprecher Schultz. Die HBV hatte zum Streik aufgerufen, weil die Arbeitgeber in der seit nunmehr vier Monate laufenden Tarifrunde immer noch daran festhalten, die Samstagsarbeit einführen, das 13. Monatsgehalt abschaffen sowie das Grundgehalt senken wollen. Im Streiklokal berichtete Reimer Schultz über die bedrohliche Entwicklung in der Branche: „Generell müssen immer weniger Leute immer mehr leisten und verdienen dabei schlechter – das ist Kapitalismus pur.“ S.P.

Abschluß bei der Bahn AG – Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat sich beim Tarifabschluß in der Einkommensrunde für die 155 000 Eisenbahner durchgesetzt und für die Mitarbeiter der Bahn AG ein Abkoppeln von der allgemeinen Einkommensentwicklung verhindert. Verhandlungsführer und stellvertretender GdED-Vorsitzender Lothar Krauß bezifferte das Gesamtvolumen des Abschlusses auf deutlich mehr als drei Prozent. Im einzelnen vereinbarten GdED und die Deutsche Bahn AG:

- Eine Einmalzahlung von 320 Mark für vier Monate. Eine Entgelterhöhung ab 1. September um 3,1 Prozent.
- Erhöhung der Erschwerniszulagen ab 1. September um 10 Prozent. Weiterhin volles 13. Monatseinkommen. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen ab 1. Mai um 3,1 Prozent
- Laufzeit des Tarifvertrages bis 31. August 2000.

Mit Warnstreiks in zahlreichen Städten hatte die GdED ihren Forderungen nach einer Tarifierhöhung für die Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG Nachdruck verliehen. Die Arbeitsniederlegungen der Eisenbahner führten zu erheblichen Behinderungen des Bahnverkehrs in zahlreichen Städten im gesamten Bundesgebiet. In der GdED sind 80 Prozent der Eisenbahner organisiert. Im Tarifgebiet Ost erhalten die Beschäftigten 87 Prozent des Westtarifs, ab 2000 sogar 88 Prozent.

har

Bau: Tarifkommission hat Ergebnissen Ost und West zugestimmt

– Das Tarifiergebnis für das Bauhauptgewerbe steht. Die Große Tarifkommission hat der am 22. April für West und am 29. April für Ost erzielten Einigung am 30. April in Frankfurt mit großer Mehrheit zugestimmt. Der IG-BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiese hüllte die Abschlüsse als „akzeptable Kompromisse in schwieriger Zeit“. Insbesondere die kräftige Erhöhung der Mindestlöhne wird zu mehr Arbeitsplatzsicherheit führen.

Hier die Inhalte der vereinbarten Tarifpakete.

(West): • Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen steigen rückwirkend ab 1. April um 2,9 Prozent. • Das zusätzliche Urlaubsgeld wird von 25 auf 30 Prozent angehoben. 1,3 Prozent dieser beiden Anhebungen werden aus dem 13. Einkommen finanziert. Es beträgt nunmehr 55 Prozent eines Monatsentgelts. Übers Jahr gesehen erhöhen sich die Einkommen damit um 1,6 Prozent. • Der Mindestlohn West steigt ab 1. September um 2,50 Mark oder 15,6 Prozent – von 16 auf 18,50 Mark. Eine gemeinsame Kommission soll Möglichkeiten einer verbesserten Kontrolle erarbeiten. • Der Einstieg in eine tarifliche Zusatzrente soll im Jahr 2000 vereinbart werden. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von IG BAU und Arbeitgeberseite bereitet den Einstieg vor. • Berlin wird nicht abgekoppelt (Einzelheiten siehe unten).

(Ost): • Die von den Arbeitgebern gekündigten Tarifverträge über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen werden rückwirkend zum 1. April mit der Vergütung vom 1. Oktober 1998 wieder in Kraft gesetzt. • Der Mindestlohn wird ab 1. September von 15,14 auf 16,28 Mark heraufgesetzt – eine Steigerung um 7,5 Prozent. • Die Beschäftigungssicherungsklausel, die Betrieben in wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine zehnprozentige Lohnsenkung ermöglicht, gilt weiter.

• Für neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse werden die Vergütungen im zweiten und dritten Ausbildungsjahr um zehn Prozent gesenkt. Bereits bestehende Ausbildungsverhältnisse sind davon nicht betroffen. • Die Arbeitgeber wollen die geringere Ausbildungsvergütung für zusätzliche Ausbildungsplätze nutzen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe soll hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten.

Zum Jugoslawienkrieg

Beschluß des Parteivorstandes vom 26. April 1999

Nach 34 Tagen Bombenkrieg ist vieles im Kosovo und in ganz Jugoslawien entsetzlich schlimmer, nichts aber ist besser geworden. Die PDS appelliert an die Bundesregierung und an die anderen im Bundestag vertretenen Parteien, innezuhalten und gemeinsam einen Weg aus der ausweglos erscheinenden Sackgasse der Eskalation von Gewalt zu finden. Wir fordern die sofortige Einstellung der Bomben- und Raketenangriffe. Nur eine sofortige Feuerpause ermöglicht es, das Gespräch zu beginnen über eine grundlegende und dauerhafte Lösung der Konflikte in der Region. Die PDS begrüßt jede Initiative, die den Frieden wieder etwas näher bringt, ob sie nun von Regierungen ausgeht oder von nichtstaatlichen Organisationen und Einzelpersonen. Wir unterstützen nachhaltig den Friedensplan von Lothar Bisky und Gregor Gysi und das Ergebnis der Beratungen der Linksparteien auf Zypern. Unsere besondere Solidarität gehört Gregor Gysi, der wegen seines unermüdlichen Einsatzes für den Frieden mit Schmähungen geradezu überschüttet wurde. Im Interesse des Friedens erstreben wir einen breiten parteiübergreifenden Dialog, in den wir unsere Positionen und Forderungen einbringen:

1. Geltung und Achtung des Völkerrechts müssen ebenso wiederhergestellt werden wie der Respekt vor dem grundgesetzlichen Verbot eines Angriffskriegs. Der Angriff auf den souveränen Staat Jugoslawien war weder als Verteidigung gerechtfertigt noch von der internationalen Staatengemeinschaft legitimiert. Auch ein Recht Betroffener zum Widerstand gegen Diktatur oder koloniale Unterdrückung gibt anderen Staaten kein Recht zur militärischen Intervention. Die NATO muß die angemessene Funktion eines Weltpolizisten aufgeben. Sie darf die Bedeutung und die Handlungsfähigkeit der UNO und der OSZE nicht weiter beschädigen und in Frage stellen. Nur so kann wieder die „Stärke des Rechts“ an die Stelle des „Rechts des Stärkeren“ treten. (Egon Bahr)

2. Menschenrechte dürfen nicht gegen das Völkerrecht ausgespielt werden; ohne Beachtung des Völkerrechts gibt es keinen umfassenden Schutz der Menschenrechte. Im Kosovo wurden durch den Bruch des Völkerrechts Menschenrechte nicht geschützt, wurde entgegen der Logik der NATO durch die Bombardierungen eine humanitäre Katastrophe weder verhindert noch eingedämmt. Bomben und Raketen brachten mehr Tod, mehr Elend und auch mehr Haß. Dieser Haß ist Quelle weiterer Menschenrechtsverletzungen und wird ein friedliches Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft noch lange behindern.

3. Gewaltsame Vertreibung von Menschen und Greueltaten an ihnen finden unsere Abscheu und haben sie in der gesamten

PDS immer gefunden. Das gilt für die jetzigen Verbrechen an Kosovaren albanischer Herkunft, für die der jugoslawische Präsident Milosevic die politische Hauptverantwortung trägt, wie für die an muslimischen Bosniern in der Schutzzone von Srebreniza. Das gilt aber gleichermaßen für die gewaltsame Vertreibung mehrerer hunderttausend Menschen serbischer Herkunft aus Slawonien und der Krajina durch das von den USA ausgerüstete und angeleitete kroatische Militär. Und das gilt schließlich für die Tötung von serbischen, montenegrinischen und albanischen Zivilisten durch die Luftangriffe. Mit doppelter Moral und einseitiger Parteinahme kann eine Friedenslösung, die auf Vertrauen, zumindest auf Akzeptanz beruhen muß, nicht geschaffen werden.

4. Die NATO hat die Möglichkeiten nicht genutzt, eine friedliche Lösung der Konflikte um das Kosovo zu erreichen. Im Gegenteil: Bereits vor dem Beschluß des deutschen Bundestags vom 16. Oktober 1998, auf dem der jetzige Einsatz der Bundeswehr beruht, war die NATO-Führung zum militärischen Eingreifen entschlossen. Nach dem Abzug von Militär- und Polizeikräften Jugoslawiens aus dem Kosovo wurde ein Einrücken bewaffneter Kräfte der UCK in Kenntnis der Tatsache toleriert, daß die UCK nach eigenem Bekunden ein Eingreifen der NATO provozieren wollte. Dann kam es zu der jugoslawischen Offensive und dem Beginn der unentschuldbaren gewaltsamen Vertreibungen. Die Verhandlungen in Rambouillet waren von vornherein auf ein Scheitern angelegt. (...)

5. Hauptursache der Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien sind serbischer, aber auch kroatischer, muslimischer und albanischer Nationalismus. Statt auf einen Ausgleich in einem fortbestehenden multi-ethnischen Jugoslawien mit Autonomie und Minderheitenrechten zu orientieren, hat Milosevic auf Nationalismus gesetzt. Der Westen, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, hat dies – insbesondere durch die völlig verfrühte, völkerrechtliche Anerkennung von Kroatien und Slowenien – befördert. Dies bewirkte ethnische Abspaltungen und „ethnische Säuberungen“. Folge war die Vertreibung der Millionen serbischer Herkunft aus ihrer Heimat in Kroatien und die Vertreibung der jeweiligen Minderheiten aus den verschiedenen Siedlungsgebieten in Bosnien-Herzegowina. In einer einzuberufenden langfristig angelegten Balkan-Konferenz muß ein dauerhafter Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen erreicht werden ... Notwendig ist auch, daß die westliche Staatengemeinschaft ihren Beitrag zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region leistet.

6. Die aus dem Kosovo geflüchteten Menschen brauchen schnelle und großzügige Hilfe. Sie dürfen nicht für die Durchsetzung politischer Ziele instrumentalisiert werden. Ihre Rückkehr in den Kosovo ist nur in dem Maße zumutbar, wie friedliche Verhältnisse und ein Wiederaufbau der

zerstörten Städte und Dörfer gewährleistet sind. Eine menschenwürdige Existenz in Albanien und Mazedonien ist für so viele Flüchtlinge nicht möglich. Eine dauerhafte Zuwanderung nach Mazedonien würde auch dieses Land in eine ethnische Zerreißprobe stürzen. Deshalb müssen die westeuropäischen Länder in weit größerem Maße zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit sein und dafür ausreichend finanzielle Mittel bereitstellen. Noch gibt es einen krassen Gegensatz zwischen freigiebigen Ausgaben für die militärische Intervention und engherziger Sparsamkeit bei der humanitären Hilfe!

7. Wer für sich in Anspruch nimmt, anderen Vorschläge für friedliches Zusammenleben zu machen, muß sich auch daran messen lassen, ob er zum Frieden im Inneren bereit und in der Lage ist. Diffamierungen wie „Fünfte Kolonne“ und „Weißwäucher des Faschismus“ haben allein die Funktion, innenpolitische Gegner „zum Abschluß freizugeben“. Sie sind historisch absurd und politisch gefährlich: Wenn der Außen- und der Verteidigungsminister Milosevic mit Hitler, Vertreibungen mit Auschwitz und den serbischen Nationalismus mit dem deutschen Faschismus gleichsetzen, dann relativieren sie mit allen Konsequenzen für einen demokratischen Konsens die Verbrechen Nazi-Deutschlands. Sozialdemokraten sollten sich bei allem Bedürfnis nach Selbstrechtfertigung auch daran erinnern, wie sie in der Adenauer-Zeit und wegen ihrer Ostpolitik als „vaterlandslose Gesellen“ und „Handlanger Moskaus“ diffamiert wurden.

8. Aus der Ablehnung des Kriegs gegen Jugoslawien folgt: Die PDS wird eine Regierung, die diesen Krieg betreibt, weder aktiv unterstützen noch tolerieren. Das gilt auch für eine Unterstützung einer solchen Politik im Bundesrat. Die PDS unterstützt die Friedensbewegung und ihre Bündnisse im Kampf für die Beendigung des Kriegs und für eine friedliche Lösung der Konflikte. Sie begrüßt, daß trotz permanenter Kampagnen von Seiten der Massenmedien auch in anderen Parteien, vor allem in der SPD und bei den GRÜNEN, die Diskussionen um den Krieg zunehmen, die Kriegsgegner stärker werden. Die sich auf Parteitage, in Parlamenten und in der Öffentlichkeit dem Druck der Meinungsmacher noch nicht entziehen konnten, die wegen der Gewalt gegen Kosovo-Albaner schwanken oder zögern, bitten wir mit großem Ernst, ihre Haltung zu überprüfen. Unser Werben für eine immer breitere Ablehnung des Kriegs ist zugleich ein Absage an jede nationalistische Rhetorik und unduldsame sektiererische Überheblichkeit. In Politik und Gesellschaft brauchen wir eine sich stetig verbreiternde Diskussion über die Notwendigkeit des Friedens in Jugoslawien und über die Rolle Deutschlands in der NATO und der Europäischen Union, in der UNO und der OSZE. Wir wollen eine Welt ohne Krieg: in Jugoslawien, in Europa und überall auf der Welt!
(leicht gekürzt)

Philosophie im Krieg

Weltbürgerentrechtung!

Kämpft die Nato in Jugoslawien für ein Weltbürgerrecht? Habermas gibt an vielen Stellen seines Aufsatzes die Probleme zu, die, praktisch und gedanklich, entstehen, wenn die „Adressaten“ solcher Rechte sich nicht als deren „Autoren“ verstehen können, sondern gewaltsam damit konfrontiert werden. Ausweg: Nachbesserungen bei der Insitutionalisierung des Weltbürgerrechts.

Leider irrt Habermas schon in der Bestimmung der Sache. Bereits die Rambouillet-Vertragszusätze zeigten den Umsturz Jugoslawiens als Kriegziel. Das bestätigt auch der weitere Verlauf des Krieges. Habermas hat die immer sinnvolle Probe auf die Glaubwürdigkeit von Machtansprüchen versäumt. Räumen etwa die Natostaaten bei ihnen seit längerer oder kürzerer Zeit lebenden Minderheiten Selbststimmungsrechte ein, wie sie sie für die albanische Bevölkerungsgruppe im Kosovo mit Waffengewalt einfordern? Das ist nicht der Fall.

Ein besonders ekelhaftes, wenn auch nicht das einzige Beispiel dafür liefert die Ausländerpolitik der BRD. Auch die jüngste Reform mit ihrem Zwang, sich irgendwann zum Deutschtum zu bekennen oder als Ausländer rechtlich mißhandelt zu werden, bessert da nichts, sondern zielt nachdrücklich auf Löschung der kulturellen Identität der Betroffenen. Eine Macht, die anderswo eine moralische Norm blutig einfordert, die sie in ihrem eigenen Geltungsbereich bekämpft, instrumentalisiert; im konkreten Fall die Emanzipationsinteressen der Kosovo-Albaner und hier bei uns das immerhin vorhandene Streben nach gleichen Rechten für alle, die hier leben.

Dennoch ist nicht zu übersehen, daß es den Natostaaten darum geht, weltweit gleichgeltende Rechtsnormen durchzusetzen. Sie sinnen durchaus auf ein künftiges Weltrecht. Das Recht, an das die Natostrategen denken, hat nur einen anderen Schwerpunkt, wie es sich aus ihrer Praxis erschließen läßt und oft genug auch geäußert wird. In ihrem Denken ist das Recht, Kapital weltweit ohne Einschränkungen investieren, seinen Betrieb dirigieren und die abfallenden Gewinne transferieren zu können, Grundlage der Menschenrechte.

Dieses Interesse stößt nun mit der Tatsache zusammen, daß die aus dem Realsozialismus hervorgegangenen Volkswirtschaften mit der Marktwirtschaft zu keiner erfolversprechenden Entwicklung finden. Es bauen sich brutale soziale Gegensätze auf. Für die Nutznießer der Weltwaren- und Weltkapitalmarktordnung – zwischenstaatlich die Westmächte, sozial die schmalen Gewinnerklassen in diesen Ländern – bauen sich im Gegenzug Sicherheitsinteressen auf. Sie sind programmatisch in der neuen

Zwecksetzung der Nato enthalten und werden in ihrer Expansion und ihrer Kriegführung praktisch.

Wie in dieser Zeitschrift schon mehrfach angesprochen erschließen sich aus der Verhandlungs- und Kriegführung der Nato zwei große Interessenkomplexe. Der erste zielt auf die strategische Umklammerung der Atom- und Weltraummacht Rußland, der andere besteht darin, Jugoslawien als möglichen Kristallisationspunkt eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung der Balkanländer zu zerstören.

Da die Westmächte die Freiheit, Privateigentum zu bilden, zu investieren und Gewinne zu transferieren, als Grundlage der Menschenrechte ansehen, ist ihr Handeln zweckmäßig und wird auch durch eine einheitliche Norm zusammengehalten. Es ist rechtlich, aber nicht menschenrechtlich, denn es geht ihr nicht um allgemeine Rechte jedes Menschen, sondern um Absicherung der privilegierten Situation der Kapitaleigentümer.

So hat Habermas recht, wenn er im Kosovo-Krieg das Streben nach einer einheitlichen Weltordnung am Werk sieht. Er hat nicht recht, wenn er das Leitbild der Humanität am Werk sieht. Weil es nicht um Menschenrechte geht, sondern um klassifizierte Privilegien, ist die Form der Durchsetzung gegeben: Aufherrschung durch die Herrschenden.

Da nicht abgestritten werden kann, daß heute die Lebensprozesse der Gesellschaften bis in die tagtägliche Praxis hinein materiell zusammenhängen, ist die Forderung nach Weltbürgerrechten nicht von der Hand zu weisen.

Die Vorstellungen von Rechten entwickeln sich aus der gesellschaftlichen Praxis. Worin die Rechte der Weltbürger wesentlich bestehen, ist ein gewichtiger Streitpunkt zwischen „Nord“ und „Süd“. Wenn es einen Gegensatz zwischen weltweit entfesselter Marktfreiheit und Entwicklungschancen gibt, kann nicht übersehen werden, daß der Weltbürger nördlichen Zuschnitts vor allem als Investor bzw. Share Holder gedacht wird.

Die Vorstellungen, die die 19 Nato-Staaten verbinden, spalten die Menschheit. Sie sind keineswegs Gemeingut, sondern brauchen Gewalt. Wie können weltbürgerliche Grundsätze entstehen? Die Ablehnung des Rassismus als Doktrin wurde im Verlauf und in Folge des Kampfes gegen den Faschismus auch in den alten Kolonialländern Gemeingut, aber nicht ohne daß sie vorher in den sozialistischen Bewegung programmatisch fixiert gewesen wäre. Wenn wir heute vom Staat „gleiche Rechte für alle, die hier leben“ fordern, tragen wir zu einem weltbürgerlichen Bewußtsein bei. Die von der Nato geübten Verbrechen werfen es zurück. maf

Bestialität und Humanität

Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral – Von Jürgen Habermas

Auszüge aus Die Zeit Nr. 18 / 1999

(...) Es ist Krieg. Gewiß, die „Luftschläge“ der Allianz wollen etwas anderes sein als ein Krieg der traditionellen Art. Tatsächlich haben die „chirurgische Präzision“ der Luftangriffe und die programmatische Schonung der Zivilisten einen hohen legitimatorischen Stellenwert. Das bedeutet die Abkehr von einer totalen Kriegführung (...)

Glücklicherweise fehlen in der deutschen Öffentlichkeit die dumpfen Töne. (...) Befürworter wie Gegner des Einsatzes bedienen sich einer glasklaren normativen Sprache.

Die pazifistischen Gegner rufen den moralischen Unterschied zwischen Tun und Lassen in Erinnerung und lenken den Blick auf das Leiden der zivilen Opfer (...) Der Appell richtet sich jedoch (...) gegen den legal pacifism einer rot-grünen Regierung. An der Seite der alten Demokratien (...) berufen sich die Minister Fischer und Scharping auf die Idee einer menschenrechtlichen Domestizierung des Naturzustandes zwischen den Staaten. Damit steht die Transformation des Völkerrechts in ein Recht der Weltbürger auf der Agenda.

(...) In der Bundesrepublik beherrschen die Gesinnungspazifisten auf der einen, die Rechtspazifisten auf der anderen Seite die öffentliche Auseinandersetzung. (...) Beruhigend (...), daß öffentliche Diskussion und Stimmung in Deutschland nicht anders sind als in anderen westeuropäischen Ländern. Kein Sonderweg, kein Sonderbewußtsein.

(...) Natürlich gehen die USA und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, (...) von einer gemeinsamen Position aus. Nach dem Scheitern der Verhandlungen von Rambouillet führen sie die angeordnete militärische Strafaktion gegen Jugoslawien mit dem erklärten Ziel durch, liberale Regelungen für die Autonomie des Kosovo innerhalb Serbiens durchzusetzen. Im Rahmen des klassischen Völkerrechts hätte das (...) als Verletzung des Interventionsverbots gegolten. Unter Prämissen der Menschenrechtspolitik soll dieser Eingriff nun als eine bewaffnete, aber von der Völkergemeinschaft (auch ohne UN-Mandat stillschweigend) autorisierte Frieden schaffende Mission verstanden werden. Nach dieser westlichen Interpretation könnte der Kosovo-Krieg einen Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft bedeuten.

(...) Inzwischen liefern die erschütternden Bilder von den Vertriebenenrecks (...) die Evidenzen für eine von längerer Hand geplante ethnische Säuberung. (...) Aber ohne Mandat des Sicherheitsrats können die Interventionsmächte in diesem Fall nur aus den erga omnes verpflichtenden Grundsätzen des

Völkerrechts eine Ermächtigung zur Hilfeleistung ableiten.

(...) Im Laufe der letzten Wochen verstärkten sich die Zweifel an der Klugheit einer Verhandlungsstrategie, die keine andere Alternative als den bewaffneten Angriff zuließ. Denn Zweifel bestehen an der Zweckmäßigkeit der Militärschläge. Während in der jugoslawischen Bevölkerung bis tief in die Reihen der Opposition hinein die Zustimmung zum trotzig-haltsstarrigen Kurs von Milošević wächst, kumulieren sich ringsum die bedrohlichen Nebenfolgen des Krieges. Die angrenzenden Staaten (...) geraten aus verschiedenen Gründen in den Strudel der Destabilisierung; im atomar hochgerüsteten Rußland setzt die Solidarität breiter Kreise mit dem „Brudervolk“ die Regierung unter Druck. Vor allem wachsen die Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der militärischen Mittel. (...) Hätte die Nato die Zerstörung des staatlichen Rundfunks nicht eine halbe Stunde vorher ankündigen sollen? (...)

Schließlich die Zweifel am diffus gewordenen politischen Ziel. (...) Die Kosovo-Albaner hätten kein Recht auf Sezession, wenn nur ihr Anspruch auf Autonomie innerhalb Serbiens erfüllt würde. Der großalbanische Nationalismus, der durch eine Abspaltung Auftrieb erhielt, ist ja keinen Deut besser als der großserbische, den die Intervention eindämmen soll. Inzwischen machen die Wunden der ethnischen Säuberung mit jedem weiteren Tag die Revision des Zieles einer gleichberechtigten Koexistenz der Volksgruppen unausweichlicher. Aber eine Teilung des Kosovo wäre erst recht eine Sezession, die niemand wollen kann. Zudem würde die Einrichtung eines Protektorats eine Veränderung der Strategie erfordern, nämlich einen Bodenkrieg und die jahrzehntelange Präsenz von friedensichernden Streitkräften. Wenn diese unvorhergesehenen Konsequenzen eintreten sollten, würde sich retrospektiv die Frage nach der Legitimation des Unternehmens noch einmal ganz anders stellen.

(...) Der Krieg im Kosovo berührt eine grundsätzliche, auch in Politikwissenschaft und Philosophie umstrittene Frage. Der demokratische Verfassungsstaat hat die große zivilisatorische Leistung einer rechtlichen Zählung der politischen Gewalt auf der Grundlage der Souveränität völkerrechtlich anerkannter Subjekte erreicht, während ein „weltbürgerlicher“ Zustand diese Unabhängigkeit des Nationalstaats zur Disposition stellt. Stößt der Universalismus der Aufklärung hier auf den Eigensinn einer politischen Gewalt, der unauslöschlich der Antrieb zur kollektiven Selbstbehauptung eines partikularen Gemeinwesens eingeschrieben ist? Das ist der realistische Stachel im Fleisch der Menschenrechtspolitik.

(...) Ein pessimistisches Menschenbild und ein eigentümlich opaker Begriff „des“ Politischen bilden den Hintergrund für eine Doktrin, die am völkerrechtlichen Prinzip der Nichtintervention mehr

oder weniger uneingeschränkt festhalten möchte. In der internationalen Wildbahn sollen sich unabhängige Nationalstaaten nach Maßgabe eigener Interessen möglichst ungehindert nach eigenem Ermessen bewegen können, weil Sicherheit und Überleben des Kollektivs aus der Sicht der Angehörigen nichtverhandelbare Werte sind (...)

Der vorliegende Fall zeigt, daß universalistische Rechtfertigungen keineswegs immer die Partikularität uneingestandener Interessen verschleiern. Was eine Hermeneutik des Verdachts dem Angriff auf Jugoslawien ankreidet, ist ziemlich mager. (...) Weder das den USA zugeschriebene Motiv der Sicherung und Erweiterung von Einflußsphären noch das der Nato zugeschriebene Motiv der Rollenfindung, nicht einmal das der „Festung Europa“ zugeschriebene Motiv der vorbeugenden Abwehr von Einwanderungswellen erklären den Entschluß zu einem so schwer wiegenden, riskanten und kostspieligen Eingriff.

(...) Eine durchgreifende Verrechtlichung internationaler Beziehungen ist nicht ohne etablierte Verfahren der Konfliktlösung möglich. Gerade die Institutionalisierung dieser Verfahren wird den juristisch gezähmten Umgang mit Menschenrechtsverletzungen vor einer moralischen Entdifferenzierung des Rechts schützen und eine unvermittelt durchschlagende moralische Diskriminierung von „Feinden“ verhindern.

Ein solcher Zustand ist auch ohne das Gewaltmonopol eines Weltstaates und ohne Weltregierung zu erreichen. Aber nötig ist wenigstens ein funktionierender Sicherheitsrat, die bindende Rechtsprechung eines internationalen Strafgerichtshofes und die Ergänzung der Generalversammlung von Regierungsvertretern durch die „zweite Ebene“ einer Repräsentation der Weltbürger.

(...) Die Menschenrechtspolitik (...) [ist] vielfach (...) angesichts des unterinstitutionalisierten Weltbürgerrechts zum bloßen Vorgriff auf einen künftigen kosmopolitischen Zustand, den sie zugleich befördern will, genötigt.

(...) Die USA haben in einer von der Uno nur schwach reglementierten Staatenwelt die Ordnungsaufgaben einer Supermacht übernommen. Dabei fungieren Menschenrechte für die Bewertung politischer Ziele als moralische Wertorientierungen. (...) Aber was sagen wir, wenn eines Tages das Militärbündnis einer anderen Region – sagen wir in Asien – eine bewaffnete Menschenrechtspolitik betreibt, die auf einer ganz anderen, eben ihrer Interpretation des Völkerrechts oder der UN-Charta beruht?

Anders sieht die Sache aus, wenn die Menschenrechte nicht nur als moralische Orientierung des eigenen politischen Handelns ins Spiel kommen, sondern als Rechte, die im juristischen Sinne implementiert werden müssen. Menschenrechte weisen nämlich ungeachtet ihres rein moralischen Gehalts die strukturellen

Merkmale von subjektiven Rechten auf, die von Haus aus darauf angewiesen sind, in einer Ordnung zwingenden Rechts positive Geltung zu erlangen. Erst wenn die Menschenrechte in einer weltweiten demokratischen Rechtsordnung in ähnlicher Weise ihren „Sitz“ gefunden haben wie die Grundrechte in unseren nationalen Verfassungen, werden wir auch auf globaler Ebene davon ausgehen dürfen, daß sich die Adressaten dieser Rechte zugleich als deren Autoren verstehen können.

(...) Selbst 19 zweifellos demokratische Staaten bleiben, wenn sie sich selbst zum Eingreifen ermächtigen, Partei. Sie üben eine Interpretations- und Beschlußkompetenz aus, die, wenn es heute bereits mit rechten Dingen zugehe, nur unabhängigen Institutionen zustünde; insoweit handeln sie paternalistisch (...) Moralische Normen, die an unsere bessere Einsicht appellieren, dürfen nicht wie etablierte Rechtsnormen erzwungen werden.

(...) Aus dem Dilemma, so handeln zu müssen, als gäbe es schon den voll institutionalisierten weltbürgerlichen Zustand, den zu befördern die Absicht ist, folgt jedoch nicht etwa die Maxime, die Opfer ihren Schergen zu überlassen. Die terroristische Zweckentfremdung staatlicher Gewalt verwandelt den klassischen Bürgerkrieg in ein Massenverbrechen. Wenn es gar nicht anders geht, müssen demokratische Nachbarn zur völkerrechtlich legitimierten Nothilfe eilen dürfen.

(...) Politologen haben festgestellt, daß sich eine Differenz zwischen „Erster“ und „Zweiter“ Welt in einem neuen Sinne herausgebildet hat. Nur die friedlichen, wohlhabenden OECD-Gesellschaften können es sich leisten, ihre nationalen Interessen mit dem halbwegs weltbürgerlichen Anspruchsniveau der Vereinten Nationen mehr oder weniger in Einklang zu bringen.

Demgegenüber hat die „Zweite Welt“ (in der neuen Lesart) das machtpolitische Erbe des europäischen Nationalismus angetreten. Staaten wie Libyen, Irak oder Serbien gleichen ihre instabilen Verhältnisse im Inneren durch autoritäre Herrschaft und Identitätspolitik aus, während sie sich nach außen expansionistisch verhalten, in Grenzfragen sensibel sind und neurotisch auf ihre Souveränität pochen.

(...) Eine Sache ist es, wenn die USA in den Spuren einer wie auch immer bemerkenswerten politischen Tradition die menschenrechtlich instrumentierte Rolle des hegemonialen Ordnungsgaranten spielen. Eine andere Sache ist es, wenn wir den prekären Übergang von der klassischen Machtpolitik zu einem weltbürgerlichen Zustand über die Gräben eines aktuellen, auch mit Waffen ausgetragenen Konflikts hinweg als gemeinsam zu bewältigenden Lernprozeß verstehen. Die weiter ausgreifende Perspektive mahnt auch zu größerer Vorsicht. Die Selbstermächtigung der Nato darf nicht zum Regelfall werden.

Sezessionistische Parteinahme im innerstaatlichen Konflikt, Umdeutung der Intervention in eine „Maßnahme zur Verhinderung von Völkermord“

Im folgenden Auszüge aus: *Stefan Brunner (1961–1993) „Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln?“ – München 1993. Der Autor hat u. a. mitgewirkt an der der Erstellung des (1991 im Verlag C. H. Beck erschienenen) Kommentars zur Charta der Vereinten Nationen. Er verstarb unmittelbar nach Abschluß der Manuskriptarbeit.* huh

Humanitärer Interventionismus

Die wilhelminische Außenpolitik rechtefertigte ihren Interventionismus mit Gründen der Legitimität, die von den „zivilisierten“ Staaten gepachtet war, und verwandte humanitäre Rechtfertigungen für Einmischungen in andere Staaten. Ein besonders schlimmes Beispiel ist die sog. Niederschlagung des Boxeraufstandes in China, in Zusammenarbeit mit anderen Großmächten, aber unter wilhelminischer Hunnenägide.

Der humanitäre Interventionismus im allgemeinen hatte seine Wurzeln wohl in den menschenverachtenden Zügen des Kolonialismus...

Wie steht es heute? Militärischer Interventionismus wird als eine Fortsetzung der Menschenrechte mit anderen Mitteln ausgegeben. Die Beteiligung an Kriegen wird mit den Opfern unter der Zivilbevölkerung begründet und überhaupt erst gerechtfertigt. Mit einer doppelbödigen Interpretation des Völkerrechts wird militärischer Interventionismus legitimiert.

1. Die völkerrechtlich tönernen Füße des humanitären Interventionismus

Das überkommene klassische Völkerrecht ist in Hinblick auf Bürgerkriege restriktiv. Dritte Staaten dürfen danach Unterstützung nur an die etablierte Regierung leisten; haben sich die Aufständischen im Rahmen des Bürgerkrieges zu einer De-facto-Ordnung stabilisiert, können dritte Staaten die Aufständischen anerkennen und sind dann zur Neutralität verpflichtet. Grundprinzip des klassischen Völkerrechts ist daher der Schutz des Bestehenden, dem als solchem Legitimität zuerkannt wird, und damit letztlich weitestgehende Aufrechterhaltung des Status quo. (...)

Im Bürgerkrieg kann „Aggression“, also eine völkerrechtswidrige Gewaltanwendung, bereits ex definitione nicht vorliegen, da es rein um innerstaatliche Angelegenheiten geht. Das klassische Völkerrecht weigert sich daher insbesondere, im Bürgerkrieg zwischen Gut und Böse zu unterscheiden; auf diese Frage kommt es nicht an. Die Sezession der Aufständischen ist eine „riskante Handlung“, da sie zwar völkerrechtlich nicht verboten, aber gleichzeitig jede Möglichkeit der Unterstützung von außen ausge-

schlossen ist: „Selbstbestimmung auf eigene Gefahr.“ Bereits I. Kant vertrat in seinem Traktat „Zum Ewigen Frieden“ eine äußerst zurückhaltende Auffassung zur Einmischung in Bürgerkriege, insbesondere auch bei zerfallenden Staaten.

Im modernen Völkerrecht ergeben sich Modifikationen dieser Position aus der zunehmenden Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Bei diesem Recht ist freilich schon problematisch, wem es überhaupt zukommt. Einerseits wäre zweifelhaft, wenn es nur den organisierten Staatsvölkern zustünde. Andererseits wäre es aber zu weitgehend, wenn jede nach ethnischen Kriterien definierbare (oder gar: sich selbst definierende) Gruppe einen – womöglich noch mit Gewalt durchsetzbaren und der Unterstützung von außen fähigen – Anspruch auf einen eigenen Staat geltend machen könnte. Soweit das Selbstbestimmungsrecht Gruppen innerhalb eines Staates zuerkannt wird, stellt sich daher insbesondere die Folgefrage, was sich hieraus für den Träger des Selbstbestimmungsrechts und dritte Staaten ergibt.

Insbesondere aus der Dritten Welt wurden daher immer wieder Versuche unternommen, diejenigen Fallgruppen zu präzisieren, in denen „Völkern“ ein offensives Selbstbestimmungsrecht gegen die etablierte Regierung als Aggressor zukommt...

Als Fallgruppen eines offensiven Selbstbestimmungsrechts wurden zunehmend die Unterdrückung durch rassistische Regime, Kolonialismus und Fremdherrschaft anerkannt. In diesen von der Völkerrechtslehre der Dritten Welt ausgestanzten Fallgruppen wurde daher das klassische Völkerrecht vom legalistischen Kopf auf die legitimen Füße gestellt. Jedenfalls sollte aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ein Verbot der Unterstützung der etablierten Herrschaft abgeleitet werden.

Problematisch blieb freilich weiter die Frage, inwieweit dritte Staaten darüber hinaus ein Recht auf Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung, gar in Form humanitärer Interventionsbefugnisse haben sollten. Selbst aus der Perspektive der Dritten Welt wurden Interventionsbefugnisse dritter Staaten zur Unterstützung des offensiven Selbstbestimmungsrechts immer als zweischneidiges Schwert angesehen...

Jedenfalls ein unilaterales humanitäres Interventionsrecht einzelner Staaten bleibt damit weiterhin selbst in jenen eng definierten Fallgruppen ausgeschlossen. Dies liegt rechtlich daran, daß auch eine rechtsbrechende, weil das Völkerrecht mißachtende effektive Staatsordnung grundsätzlich den Anspruch auf souve-

räne Gleichheit und Nichteinmischung hat. Im Bürgerkrieg gibt es keine Aggression und daher auch kein Beistandsrecht dritter Staaten. Diese Neutralitätspflicht der restlichen Welt beruht rechtsphilosophisch auf der immer noch gültigen Einsicht, daß der totale Legitimus die Zerstörung jeglicher Ordnung im Kampf aller gegen alle nach sich zieht.

Lediglich ein multilaterales Interventionsrecht in Fällen des Rassismus, des Kolonialismus und der Fremdherrschaft, zentralisiert beim Sicherheitsrat, dürfte allgemein anerkannt sein, ebenso wie sein Interventionsrecht in den krassen Fällen des Völkermords. Nur in diesen Fällen liegt im übrigen auch die klassische menschenrechtliche Situation eines Antagonismus von Herrschenden und Beherrschten vor... Im Bürgerkrieg rivalisierender, bewaffneter Gruppen ist jene... Situation gerade nicht gegeben. Massive Verstöße gegen das auch in internen Konflikten anwendbare Kriegsvölkerrecht, insbesondere gegen die Zivilbevölkerung, sind schlimme Verbrechen, der Ausnahmetatbestand für militärische humanitäre Intervention unter multilateraler Ägide ist jedenfalls nicht bereits damit erfüllt.

Die Menschenrechte allgemein („les droits de l’homme“) und die als Menschenrechte der dritten Generation deklarierten „Rechte der Völker“ (les droits des gens“) sind das dogmatische Vehikel der Legitimisten, um den Interventionismus zu rechtfertigen, auch in seiner unilateralen Spielart.

Bisher war eine ausschließliche Zuständigkeit des Sicherheitsrates immer gleichbedeutend mit ihrer Nichtausübung und führte damit zur Fortsetzung des dogmatischen Kampfes von Legitimisten (offensives Selbstbestimmungsrecht) und Legalisten (Interventionsverbot)... Während die Legalisten in den Legitimisten nützliche Idioten zur Bemäntelung kruder Machtpolitik sahen und dies damit begründeten, daß eine rein altruistische Intervention bis heute nicht bekannt geworden ist, warfen die Legitimisten den Legalisten vor, Totengräber der *humanité* zu sein, also im doppelten Sinne der Menschheit und der Menschlichkeit. (...)

Die völkerrechtliche Notordnung beschränkt sich darauf, das Verbot der Ausübung fremder Gewalt im Bürgerkrieg zu rationalisieren, um die Irrationalität des internationalisierten Bürgerkrieges zu vermeiden. Die völkerrechtlichen Verbote führen aber zu keiner „Ohnmacht“, da noch genügend aktive und kreative Möglichkeiten zu einer Unterstützung der „Befriedung“ bestehen.

...Das Völkerrecht ermöglicht *containment* durch wirtschaftliche Strangulati-

on des – gesamten – Konfliktherdes, bietet die Mechanismen der friedlichen Konfliktbereinigung, läßt ungeteilte humanitäre Hilfe an die Flüchtlinge zu, gibt aber auf der anderen Seite klar zu erkennen, daß die „militärische Bewältigung“ des Konfliktes von außen nicht in Betracht kommt. Nur bei einem Mindestmaß von Bereitschaft seitens der streitenden Parteien kann eine friedliche Lösung erfolgen...

2. Die rechtliche Glaubwürdigkeit des humanitären Interventionismus

Der humanitäre Interventionismus findet für zerfallende Staaten ein probates Mittel, um sich Einmischungs- und Unterstützungsbefugnisse zu sichern. Durch die Anerkennung der Sezedennten wird versucht, den internen Konflikt zu internationalisieren.

Gerade aus deutscher Sicht muß dieser elegante Ausweg in die Internationalisierung, die Behauptung einer Aggression innerhalb eines rechtlich bestehenden Staates Verwunderung hervorrufen.

Hat doch das Bundesverfassungsgericht selbst in seiner bis zum letzten Komma für ex cathedra erklärten Entscheidung zum Grundlagenvertrag [zwischen der BRD und der DDR, 21.12.1972 – Red.] eine Auffassung vertreten, mit welcher Staaten eine erstaunliche Lebens- und Überlebensfähigkeit attestiert wurde...

Warum nur kann ein Staat wie Deutschland so lange Zeit trotz fehlender Handlungsfähigkeit rechtsfähig bleiben, eine Ordnung wie in Jugoslawien aber nicht?... Kann wirklich ernsthaft behauptet werden, daß die Gliedstaaten eines Bundesstaates gewissermaßen Völkerrechtssubjekte im Wartestand sind, die nur von außen wachgeküßt werden müssen? Was also ist der Unterschied?...

Der Unterschied liegt in der kruden Legitimität. Deutschland war und ist legitim, Jugoslawien ist es nicht. Aus der Sicht Deutschlands jedenfalls. (...)

Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, wie das Grundgesetz den immer noch unwahrscheinlichen Fall eines Bürgerkrieges in Deutschland regelt. Dies ist in Art. 87a Abs. 4 GG geschehen:

Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen.

Der organisierte und militärisch bewaffnete Sezedennte ist Hochverräter, und ihm wird mit dem Militär gedroht. Von einem Austrittsrecht der Gliedstaaten aus der das [Deutsche] Reich fortsetzenden Bundesrepublik hat hierzulande trotz des Selbstbestimmungsrechts der Völker

noch niemand etwas gehört. Aber die Bundesrepublik darf diese Drohung gegen die Sezedennten aussprechen, da ihre Ordnung eine freiheitlich-demokratische ist, damit legitim; und deshalb darf die Sezession als illegitimer Akt verboten werden...

Auf der anderen Seite: Da Jugoslawien keine freiheitlich-demokratische Grundordnung hat, manche Teilrepubliken aber eine solche verwirklichen wollen, ist deren Sezession legitim und der in der ersten Phase des Bürgerkriegs erfolgte Einsatz der Bundesstreitkräfte eine Aggression.

So schlüssig das staatsrechtlich sein mag, so zweifelhaft ist dies nach der Rechtsordnung des Völkerrechts, die immer noch der ganz formal verstandenen



Missionare gestern und heute: Intervention im Boxeraufstand in China von Kaiser Wilhelm II gerechtfertigt mit der Überlegenheit der „zivilisierten Welt“ ...

souveränen Gleichheit der Staaten huldigt. Und das zu Recht: Die Legitimität eines Staates als solchen kann keine Angelegenheit dritter Mächte sein; damit würde der hemmungslose Krieg aller gegen alle entfesselt. Das Völkerrecht sieht – um es in die staatsrechtliche Terminologie zu wenden – ein rudimentäres Homogenitätsgebot für die Staaten vor, indem es Völkermord, Rassismus und Fremdherrschaft verbietet und zur Durchsetzung dieses Mindeststandards äußerstenfalls die Bundesintervention der Vereinten Nationen vorsieht. Andererseits gewährleistet die Ordnung des völkerrechtlichen Bundes kein Recht auf Neugliederung innerhalb seiner Mitgliedstaaten.

3. Reserviertheit des Völkerrechts gegenüber humanitärer Intervention

Warum ist das Völkerrecht so reserviert gegenüber allen Formen militärischer Intervention? Zunächst erscheint die militärische humanitäre Intervention grundsätzlich als *contradictio in se*, da die durch internationale militärische Einmischung bewirkte Ausweitung einer bereits militärisch geführten Auseinandersetzung keine unparteiliche Aktion

darstellt, die Leiden lindert (humanitäre Maßnahme), sondern das Leid insgesamt eher vergrößert und parteilich einer Seite möglichst zum Sieg verhelfen soll (Ausübung von Gewalt)...

a) Humanitäre Intervention im Ausland zugunsten fremder Staatsangehöriger

Die humanitäre Intervention zugunsten fremder Staatsangehöriger ist regelmäßig Ausdruck zynischer Machtpolitik der Führungsstaaten gewesen, die in dem altruistischen Schutz fremder Rechte den geeigneten Vorwand für die Verfolgung eigener Interessen gefunden haben, oder war Ausdruck eines fanatisierten Kreuzzugswahns oder völkisch-grenzüberschreitender Solidarisierung, etwa zugunsten von Minderheiten im fremden Staat, die mit der Mehrheit des intervenierenden Staates homogen sind.

Aus der Überlegung heraus, daß eine sog. humanitäre Intervention grundsätzlich die Leiden vergrößern würde und auch deshalb unzulässig ist, ergibt sich auch der Ausnahmefall. Bei einer polizeimäßigen Exekution des Völkermordes ist die Intervention human gefordert und lindert Leiden. Selbst bei den engen Tatbestandsvoraussetzungen des Völkermordes wäre Voraussetzung einer Intervention die entsprechende Feststellung des Sicherheitsrates einschließlich einer ausdrücklichen Ermächtigung...

Die subkutane Forderung nach einem menschenrechtlichen Interventionismus außerhalb des krassen Falles des Völkermordes stellt einen kalkulierten Verstoß gegen die Rechtsordnung des universellen Völkerrechts dar. Aus diesem Grund wird die Bürgerkriegsintervention tendenziell in eine Polizeimaßnahme zur Verhinderung des Völkermordes umgedeutet werden. Aber selbst eine solche Polizeimaßnahme ist völkerrechtlich unzulässig, wenn sie ohne Ermächtigung des Weltsicherheitsrates durchgeführt wird, dem das Gewaltmonopol im völkerrechtlichen Weltbund zukommt. Humanitäre Interventionskartelle unilateral operierender großer Mächte sind ein flagranter Verstoß gegen das universelle Völkerrecht...

4. Die humanitäre Intervention im Recht des globalen Bundes

Wird die humanitäre Intervention... doppelt beschränkt, nämlich durch den materiellen Vorbehalt einer manifesten Verletzung des [für alle Staaten verbindlichen Verbots von Rassismus, Kolonialismus, Fremdherrschaft und Völkermord/ Red.]... und durch den prozeduralen Vorbehalt einer Entscheidung des Weltsicherheitsrates, werden die Konturen eines Sicherheitsföderalismus des Weltbundes im Sinne von I. Kant erkennbar.

Es geht um das klassische Institut der Bundesintervention... Die Bundesintervention ist statthaft, wenn das Homogenitätsgebot des völkerrechtlichen Bundes durchgesetzt werden soll... Im übrigen ist die Aufrechterhaltung von Si-

cherheit und Ordnung grundsätzlich die Sache des jeweils betroffenen Gliedstaates des Weltbundes...

...Zwangsmaßnahmen müssen vom Sicherheitsrat entweder selbst durchgeführt oder doch wenigstens freigegeben werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach geltendem Recht diesem globalen Gewaltmonopol des Sicherheitsrates unterworfen. Gleichwohl wird das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen immer wieder geleugnet. (...)

Die wohl am meisten überschätzte Möglichkeit, das Funktionieren der Vereinten Nationen zu verbessern, ist die immer wieder beschworene organisatorische Reform. Im Sicherheitsrat werden hierfür regelmäßig zwei verschiedene Typen von Vorschlägen unterbreitet. Einerseits soll – bei Beibehaltung des sog. Vetorechts der ständigen Sicherheitsratsmitglieder gem. Art. 27 Abs. 3 UN-Charta – die Repräsentativität im Sicherheitsrat erhöht werden. Andererseits wird das Vetorecht selbst als Problem empfunden. In einer inhomogenen Staatenwelt ist das Vetorecht der verschiedenen Staatengruppen und ihrer Repräsentanten geradezu erforderlich für einen rationalen Willensbildungsprozeß. Ein undurchsichtiges Mehrheitsprinzip könnte zu gefährlichen Abenteuern in der einen oder in der anderen Richtung führen. Was die Erhöhung der Zahl der ständigen Mitglieder oder eine Umgruppierung anbetrifft, dürften zusätzliche europäische Mitglieder wie überhaupt eine noch stärkere Vernördlichung nicht anzustreben sein. (...)

Der Sicherheitsrat kann sich z. B. nicht dadurch am eigenen Schopfe aus dem Sumpfe ziehen, daß er dann, wenn bestimmte Großmächte (und ständige Mitglieder) im Rahmen einer ihre Interessen berührenden Frage androhen, gegenüber einem (völkerrechtskonform oder völkerrechtswidrig handelnden) Staat Gewalt anzuwenden, schon deshalb eine Friedensbedrohung feststellt und den Großmächten die Anwendung von Gewalt gestattet. Hier könnte es ja auch sein, daß die Großmächte völkerrechtswidrig Gewalt androhen.

Die Kompetenzen des Sicherheitsrates nach Kapitel VII sind darauf beschränkt, internationale Rechtsgüter, die durch zwingendes Recht gewährleistet sind, gegen unmittelbare Verletzung oder Zerstörung zu schützen...

Hieraus ergibt sich auch die funktionale Begrenzung dieser Befugnisse. Das Gewaltmonopol dient nicht der beliebigen Sanktionierung von Rechtspflichten durch die internationale Gemeinschaft; es erlaubt mit anderen Worten nicht die unbegrenzte Fehde gegen einzelne Mitglieder der Gemeinschaft. Die Zwangsmaßnahmen haben den Sinn eine drohende Verletzung zwingend geschützter Rechtsgüter quasi-polizeilich zu unterbinden.

Nicht beabsichtigt ist die Legalisie-

rung allgemeiner Strafaktionen oder die grenzenlose Durchsetzbarkeit aller wirklichen oder vermeintlichen Vorschriften durch Gewalt...

Die Gefahren einer Umfunktionierung des völkerrechtlichen Gewaltmonopols nach absoluten Grundsätzen und im Geiste der Freund-Feind-Schematisierung bestehen also und sollten nicht gelehnet werden. Auch der Sicherheitsrat muß unparteiisch handeln...

Der Krieg und das Freund-Feind-Schema

...Die Anwendung des Freund-Feind-Schemas in der Außenpolitik... geht einher mit einer Entpragmatisierung und Ideologisierung der internationalen Beziehungen durch Kategorien der Legitimität. Das Freund-Feind-Schema schlägt



**Rudolf Scharping am 1. Mai in Ludwigs-
hafen: „Der Minister ist zutiefst über-
zeugt vom Auftrag und der Mission der
Nato im Kosovo.“ (Südd. Zeitung, 5.5.)**

durch auf die Zielsetzungen und Begründungen der Außenpolitik...

Die Außenpolitik im Wilhelminismus war auf zwei Dinge fixiert: Dynastisch-nationale Legitimität und Stellung Deutschlands in der Welt...

...Nationalismus und humanitärer Interventionismus bereiteten die Totalisierung des Krieges im 20. Jahrhundert vor. Die Niederschlagung des Boxeraufstandes signalisierte den Verlust jener menschlichen Maßstäbe, die für den militärischen Einsatz traditionell Geltung beanspruchten. Der kaiserliche Befehl zum Umgang mit den chinesischen „Untermenschen“: „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!... Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen!“ (...)

Während vor dem [1. Welt-/Red.]Krieg das Völkerrecht als leere Humanitätsduddel diffamiert worden war, herrschte bereits kurz nach Ausbruch des Krieges Empörung über die Völkerrechtsverletzungen der Gegner. Der totale Krieg wurde in Worte gefaßt: „Strauchdieben und Meuchelmördern gegenüber gibt es keine Verständigung und keinen Frieden. Man vernichtet sie. Wer anders handelt,

ist ein Narr... Siegen bis zur Vernichtung lautet darauf des deutschen Volkes Losung.“...

In diesem Punkt wird deutlich, daß der Nationalsozialismus im Grunde die weltanschauliche Fortsetzung des Wilhelminismus mit konsequenteren Mitteln war...

Wie steht es heute? Wiederum wird die mit gewissem Understatement als Verantwortung umschriebene Stellung Deutschlands in der Welt zum außenpolitischen Fixpunkt....

Die menschenrechtliche Fixierung der Außenpolitik, die stolze Aussage, sich in Fragen der Menschenrechte von niemandem überholen zu lassen, führt... gerade zum Verlust der humanitären Haltung. Die Fortsetzung der Menschenrechte mit militärischen Mitteln endet in der Irrationalität. Anfänge wilhelminischer Kongenialität werden sichtbar, wenn von verantwortlicher Seite geäußert wird: „Wir“ „müssen“ „die Serben“ „in die Knie zwingen“. (...)

4. *Droit humanitaire und Droits de l'homme* – Die rechtliche Konzeption des Krieges als eines gehegten Ausnahmezustands

Die politische Moralisierung der Außenpolitik wird in rechtlichen Kategorien durch eine menschenrechtliche „Anschauung“ des Krieges fortgesetzt. Die menschenrechtliche Ideologisierung des Krieges fordert die klassische Ordnung des Völkerrechts in existentieller Weise heraus.

a) Die Ideologisierung des Krieges durch Menschenrechte

(...) Die Menschenrechte sind heute das rechtliche Gewand, in dem zunächst die Sittlichkeit gepredigt und dann gnadenlos der Feind „ausgemacht“ wird. Die Maßnahmen des Freundes, die den Feind und seine Zivilbevölkerung treffen, werden als Kollateralschäden bei Führung einer gerechten Sache gewertet. Die Vermischung der Menschenrechte in das Kriegsvölkerrecht ist eine Fortsetzung der Ideologisierung des Krieges mit rechtlichen Mitteln.

Weil die Vermenschenrechtlichung in der juristischen Behandlung des Kriegs dazu dient, den Feind auszumachen, gefährdet sie erstens die Gültigkeit des völkerrechtlichen Gewaltverbots, denn die Menschenrechte verwandeln sich in potentielle Interventionsgründe und rechtfertigen damit Gewalt. Die Vermenschenrechtlichung widerspricht zweitens dem Grundprinzip der humanitären Gleichheit der Kriegsführenden, denn die Menschenrechte aus der Zeit des Friedens werden in den Krieg transportiert und führen dann zur Ungleichbehandlung der guten und der schlechten Seite. Die Instrumentalisierung der völkerrechtlichen Menschenrechte außerhalb des eigentlichen Anwendungsbereichs führt wegen der immanenten Tendenz der Ideologisierung zur Auflösung einer klassischen Leistung des Völkerrechts, der rechtlichen Einhegung des Krieges...

14. bis 21. Mai 1999: Dritter Internationaler Kongreß gegen das Verschwindenlassen und seine Ursachen in Manila, Philippinen. Motto: „Auswirkung der Globalisierung auf das Verschwindenlassen und andere Formen von Menschenrechtsverletzungen“. Ca. 160 Delegierten aus vielen Ländern der Erde haben sich zum Kongreß gegen das Verschwindenlassen durch staatliche Gewalt angemeldet, u.a. aus der BRD, den Philippinen, der Schweiz, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und der Türkei. Die Veranstalterin, das Internationale Komitee gegen das Verschwindenlassen, ist auch in der BRD erreichbar: ICAD International Office, Chrysanderstr. 13, 21029 Hamburg, Tel. (0 40) 72 69 78 10, Fax (0 40) 72 69 78 11, e-mail: icad@bergedorf.de

15. bis 17. Mai 1999: Landesparteitag der SPD Bayern in München

17. Mai 1999: Öffentliche Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion zum Thema: *50 Jahre Grundgesetz – Das Friedensgebot unserer Verfassung*. U.a. mit Stellungnahmen zu den Themen: Der Militäreinsatz im Kosovo und das verfassungsrechtliche Friedensgebot; die „humanitäre Intervention“ und das Schweigen der UNO; zur aktuellen Entwicklung in Jugoslawien; das Verhältnis von Menschen- bzw. Minderheitenrechten zum Völkerrecht; Frieden schaffen – zur „Not“ mit Waffen? Vorschläge für die zukünftige Gestaltung und Interpretation des Friedensgebotes. Die öffentliche Anhörung findet statt am 17. Mai in der Zeit von 10 bis 18 Uhr im Deutschen Bundestag, Dienststelle Berlin, Unter den Linden 71, Raum 270, 10117 Berlin. Interessenten melden sich schriftlich oder mündlich im MdB-Büro von Evelyn Kenzler unter 030/227 87188 (53113 Bonn, Reuterstr. 231).

Bis zum 24. Mai 1999 Ausstellung: „*Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1994*“ in Köln, Kölnisches Stadtmuseum, Zeughausstr. 1–3

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

28. Mai 1999: 50. Bundesparteitag der F.D.P. in Bremen

25.–29. Mai 1999: Internationaler Euromarsch Brüssel–Köln.

29. Mai 1999: Großdemonstration gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus in Köln.. Weitere Infos: Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel. (02 21) 9 52 00 77

29. Mai – 4. Juni 1999: „*Europäisches Parlament der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten*“ und *Gegengipfel zum EU-Gipfel*, der am 3./4. Juni in Köln stattfindet. Infos: Bundesbüro Euromarsch, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel. 0221/9520008, Fax: 9520077.

29. Mai – 19. Juni 1999. Aktionen der Euromarschbewegung in Deutschland (grenznahe Gebiete), Benelux-Ländern und Frankreich im Vorfeld der Demonstration am 19. Juni gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln.

1. Juni bis 11. Juli 1999: Die Ausstellung Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944 in Hamburg, in der Freien Akademie der Künste Hamburg, Klosterwall 23, täglich von 19–18 Uhr. Das ständig aktualisierte Begleitprogramm findet sich im Internet unter: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/sozS/vernichtungskrieg>

4./5. Juni 1999: Bremen: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS: *Zu Sozialen Fragen in Europa*

5. Juni 1999: Außerordentlicher Friedenspolitischer Ratschlag in Kassel, Gesamthochschule Kassel, Ingenieurschule, Wilhelmshöherallee. Kontakt: Bundesausschuß Friedensratschlag Kassel c/o DGB-Kreis Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel, Tel.: 0561/72095-0, Fax: 0561/7209533. E-Mail: strutype@hrz.uni-kassel.de

5. Juni 1999: Außerordentlicher Landesparteitag der SPD Thüringen in Erfurt. Thema: Vorbereitung Landtagswahl

6. Juni 1999: Bürgerschaftswahl in Bremen

11. Juni 1999: Anhörung der Grünen Bundestagsfraktion zum Thema Jugenderwerbslosigkeit. 10–17 Uhr im Wasserwerk, Hermann-Ehlers-Str. 29, Bonn

13. Juni 1999: Europawahl, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

16. Juni 1999: 28. Evangelischer Kirchentag

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis ruft zu einem Gegengipfel und zur Demonstration in Köln auf.

26. Juni 1999: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, 12.00 bis 16.00 Uhr, Köln, Zulpicher Str. 7

ADRESSAUFKLEBER

Protest gegen den EU-Gipfel in Köln

Märsche: 11. Mai bis 28. Mai

- Gegen Erwerbslosigkeit und ungeschützte Beschäftigung machen sich tausend Erwerbsloser/innen auf den Weg nach Köln. Weitere Stationen: 26.5. Liege, 27.5. Aachen, 28.5. Köln
- Am 11.5. startet von Prag aus ein Fahrradkaravane, die wir von der Euromarsch zusammen mit der Karavane „Cicci oder Jochen“ die Rechte der Flüchtlinge und Migranten/innen“ organisiert. Schwere Punkte örtlicher Veranstaltungen sind Aktionen gegen Rassismus und gegen Faschismus; weitere Stationen: 13.5. Dresden, 14.5. Oshawa, 15.5. Berlin, 16.5. Leipzig/Halle, 17.5. Magdeburg, 19.5. Heilbronn, 20.5. Bielefeld, 21.5. Hannover, 22.5. Hannover (Expo), 23.5. Minden, 24.5. Bielefeld, 25.5. Bochum, 27.5. Wuppertal, 28.5. Köln (Kontakt: Euromarsch Dresden, Tel. 48 795)
- Staffettenlauf von Basel nach Köln, Schwerpunkt ist der Schulterschluss zwischen Migranten/innen. Der Lauf hat zwei Arme: 17.5. Berlin, 18.5. Chemnitz, 19.5. Hamburg/Kehl/Straßburg, 20.5. Karlsruhe, 21.5. München, 19.5. Augsburg, 20.5. Stuttgart – Vereinigung am 21.5. in Mannheim, weiter 22.5. Frankfurt, 23.5. Mainz, 25.5. Wiesbaden, 26.5. Koblenz, 27.5. Bonn, 28.5. Köln. Kontakt: Wolfgang Alles, Fon/Fax 06 21 / 40 13 92

Demonstration: 29. Mai in Köln

- 12 Uhr Aufstellung auf dem Rudolfplatz
- 13 Uhr Beginn der Auftaktkundgebung
- 14.30 Uhr Beginn der Demonstration
- 17.30 Uhr vorauss. Ende der Schlußkundgebung

Alternativgipfel: 28.5. – 2.6.

Menschen aus ganz Europa und aus vielen anderen Ländern entwickeln Alternativen zur EU-Politik, reflektieren, knüpfen Kontakte, vernetzen sich und planen weiter in folgenden Foren:

- Wirtschaft und Soziales (EU und Standortlogik, soziale Mindestsicherung, Billiglohnproduktion, Kinderarmut, Erwerbslosenparlament)
 - Umwelt (Energiepolitik, Gentechnologie, Transeuropäische Netzwerke, Landwirtschaftspolitik)
 - Bildung (Privatisierung von Bildung und Selektionsmechanismen)
 - Frauen (bezahlte / unbezahlte Arbeit; Situation von Migrantinnen, sexuelle Gewalt gegen Frauen)
 - Öffentlichkeitsarbeit (Aktionsmethoden, Straßentheater, Videoworkshop, Vorbereitung einer Ausstellung. In allen Foren sollen die Themen „Osterweiterung“, „Demokratie“ und „Vernetzung“ eine Rolle spielen.
- 28.5., 20.00 Uhr Auftaktveranstaltung in der Aula der Uni Köln
30.5. Fortsetzung des Alternativgipfels
2.6. Abschlußplenum

Kontakt: Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln, koeln@gmx.net, <http://www.weedbonn.org>